

HEINRICH AMADEUS WOLFF

Ungeschriebenes
Verfassungsrecht
unter dem Grundgesetz

Jus Publicum

44

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 44



Heinrich Amadeus Wolff

Ungeschriebenes Verfassungsrecht
unter dem Grundgesetz

Mohr Siebeck

Heinrich Amadeus Wolff, geboren 1965 in Heidelberg; Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Regensburg, Tübingen, Bonn, Freiburg und Heidelberg; Staatsexamina 1991 in Heidelberg und 1994 in Stuttgart; Promotion zum Dr. rerum publicarum 1996 in Speyer; Habilitation 1998; seit 1998 im Bundesministerium des Innern.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wolff, Heinrich Amadeus:

Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz /

Heinrich Amadeus Wolff. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2000

(Jus publicum ; 44) 978-3-16-158094-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147225-X

© 2000 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefen gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Helmut Quaritsch
in Dankbarkeit gewidmet

Vorwort

Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hat die vorliegende Arbeit im Wintersemester 1997/1998 als Habilitationsschrift angenommen.

Ohne die Unterstützung durch meinen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Helmut Quaritsch wäre die Arbeit nicht zustande gekommen. Für seine Hilfe bedanke ich mich herzlich.

Die Mühe des Zweitgutachtens hat Herr Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim übernommen; dafür danke ich ihm. Meine Gesprächspartner waren in juristischen Fragen vor allem Herr Dr. Stefan Brink und in historischen Fragen Herr Dr. Hans-Christof Kraus, dessen unerschöpfliches Wissen die Arbeit ganz erheblich gefördert hat. Frau Gabriele Dennhardt wußte bei formalen Fragen stets eine Antwort. Ihnen allen sei ebenfalls auf diesem Wege ganz herzlich gedankt, ebenso wie meiner Familie, vor allem meiner Frau, die mir permanent mit Rat und Tat zur Seite stand.

Berlin, im November 1999

Heinrich Wolff

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
---------------	-----

1. Kapitel

Der bisherige Verlauf der Diskussion

§ 1 <i>Bestandsaufnahme</i>	2
A. Ungeschriebene Verfassungsrechtssätze	2
B. Die Begriffsverwendung	6
1. Die Sachgebiete der Diskussion um das ungeschriebene Verfassungsrecht	7
2. Die Funktion der Begriffsverwendung	11
C. Eigenarten einer wissenschaftlichen Begriffsbildung	15
§ 2 <i>Der Beginn der Diskussion anhand des Verhältnisses von Norm und Wirklichkeit</i>	18
A. Die grundlegenden Untersuchungen	18
1. Die Arbeiten über das ungeschriebene Verfassungsrecht	18
2. Die Arbeiten über den Verfassungswandel	26
B. Das Verfassungsverständnis zum Zeitpunkt der Entdeckung	33
1. Die Verfassungsurkunde	36
a) Staatsordnung	38
b) Grundrechte	45
2. Kodifikationsbewußtsein in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts	49
a) Punktueller Akt der Verfassunggebung	49
b) Unterstützende Merkmale	55

C.	Der Einfluß des Verständnisses der Verfassungsurkunde für die konkreten Untersuchungen	59
1.	Das zugrundeliegende Methodenverständnis	59
2.	Innere Friktionen des Verfassungsverständnisses	69
D.	Der Verfassungswandel	79
1.	Die Verbindung des Verfassungswandels mit dem ungeschriebenen Verfassungsrecht	79
2.	Das Verständnis der Verfassungswandlung bis zum GG	82
3.	Begriff der Verfassungswandlung heute	87
a)	Veränderte verfassungsrechtliche Situation	87
b)	Die Verfassungswandlung im engeren Sinne	98
4.	Verfassungswandlung und ungeschriebenes Verfassungsrecht	112
§ 3	<i>Die zehnte Staatsrechtslehrertagung 1951 und der Einfluß des Naturrechts</i>	115
A.	Die Belastung durch das Naturrecht	115
1.	Der Naturrechtsbezug der Tagung selbst	115
2.	Der Naturrechtsbezug der späteren Untersuchungen	124
3.	Naturrecht und ungeschriebenes Verfassungsrecht	129
B.	Die sonstigen Erkenntnisse der zehnten Staatsrechtslehrertagung	133
§ 4	<i>Die gegenwärtige Diskussion</i>	139
A.	Die allgemeinen Verfassungsgrundsätze und Grundentscheidungen	145
B.	Die Verfassungsinterpretation	159
1.	Modernes Methodenverständnis	159
2.	Verfassungskonkretisierung	162
3.	Verfassungskonkretisierung und ungeschriebenes Verfassungsrecht	170
a)	Der in der Theorie beruhende Ansatz der Akzentverschiebung	170
b)	Anzeichen für eine bestehende Akzentverschiebung	176
(1)	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	177
(2)	Der Stand der dogmatischen Aufarbeitung in der Literatur	187

2. Kapitel

Der Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts

§ 5	<i>Das Merkmal »ungeschrieben«</i>	196
A.	Die wertende Grenzziehung	196
1.	Das wertende Verständnis der Schriftlichkeit	196
2.	Überdehnung des Bereichs des Schriftlichen	203
3.	Kritik an der Ausdehnung	210
a)	Die dogmatischen Einwände	210
b)	Die Kontrolle anhand zweier ausgewählter Beispiele	219
(1)	Der Grundsatz »nulla poena sine culpa«	219
(a)	Die Reichweite des Grundsatzes	220
(b)	Die Begründung des Schuldgrundsatzes	223
(c)	Der Schuldgrundsatz als ungeschriebener Verfassungsrechtssatz	226
(2)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	229
(a)	Die Reichweite des Grundsatzes	229
(b)	Verfassungsrechtliche Herleitung	236
(c)	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als ungeschriebenes Verfassungsrecht	238
B.	Grenze der Schriftlichkeit im einzelnen	241
1.	Begriffliche Abgrenzung	241
2.	Die Rechtsnormen der Ausgangsliste	244
a)	Nähe zum geschriebenen Normtext – Ausmaß der ungeschriebenen Elemente	244
b)	Herleitungstypen	250
c)	Weite des Inhalts	260
d)	Weitere Gemeinsamkeiten	262
§ 6	<i>Das Merkmal »Verfassung«</i>	267
A.	Die Vorrangwirkung der Rechtssätze	267
1.	Formelles und materielles Verfassungsrecht	267
2.	Notwendige Inhalte der Verfassung	274
3.	Verfassungstheoretische Bestimmungen	276
4.	Vorrang der Verfassung	279
a)	Der Vorrang des GG	279
b)	Hierarchie der Rechtsnormen	288
c)	Vorrang der Verfassung und ungeschriebenes Verfassungsrecht	290
B.	Trennung von Bindungswirkung und Geltungskraft	294
1.	Der Unterschied beider Wirkungen	294
2.	Verfassungsrechtliches Richterrecht	302

§ 7	<i>Das Merkmal »Recht« – Strukturgleichheit mit dem schriftlichen Verfassungsrecht</i>	319
	A. Der Rechtssatzcharakter	319
	B. Die ungeschriebenen Staatskonstitutionsnormen	320
	1. Demokratische Verfassungstheorie:	
	Verfassung als Konstitution des Staates	321
	2. Die tatsächliche Entwicklung des modernen Staates	322
	3. Der Normtext der Verfassung als Ausgangspunkt	325
	a) Vorausgesetzte Staatlichkeit	325
	b) Staatskonstitutionsnormen und ungeschriebenes Verfassungsrecht	329
§ 8	<i>Erkenntnisgewinn des Begriffs des ungeschriebenen Verfassungsrechts</i>	334
	A. Rationalitätsgewinn	334
	1. Wortlautsicherheit	334
	2. Geltungssicherheit	336
	B. Ungeschriebenes Verfassungsrecht als Ausdruck des Kodifikationsverständnisses	345
	1. Der Kodifikationscharakter des Grundgesetzes	347
	2. Verhältnis des ungeschriebenen zum geschriebenen Verfassungsrecht	359
	3. Gründe für die fehlende Schriftlichkeit	375
	a) Nichtaufnahme als causa für die fehlende Geltung	376
	b) Geltungsmöglichkeit trotz Fehlens einer Aufnahme	380
	(1) Unzulänglichkeiten der Kodifikation	380
	(2) Entlastung der Kodifikation	382
	4. Lückenproblem	391
	C. Systematisierungsansätze	393

3. Kapitel

Die Rechtsquellenfrage des ungeschriebenen Verfassungsrechts

§ 9	<i>Die potentiellen Rechtsquellen</i>	398
	A. Verfassungskonkretisierung	400
	B. Ungeschriebenes Verfassungsrecht als Rechtsquelle	402

C. Mitgesetztes Recht – das Grundgesetz als Rechtsquelle	404
1. Mitgesetzte Normen	404
2. Selbstverständliche Normen	408
3. Mitgesetzte Normen unter dem Grundgesetz als einheitliche Kategorie	411
4. Bedeutung des Rechtssetzungswillens des Verfassungsgebers ..	417
§ 10 <i>Verfassungsgewohnheitsrecht</i>	427
A. Gewohnheitsrecht und ungeschriebenes Verfassungsrecht	427
B. Die Einwände gegen das Verfassungsgewohnheitsrecht	431
1. Das Verhältnis zum Richterrecht	431
2. Das Erfordernis langandauernder Übung	438
3. Das subjektive Merkmal	446
<i>Zusammenfassung</i>	450
Literaturverzeichnis	467
Stichwortverzeichnis	509

1. Kapitel

Der bisherige Verlauf der Diskussion

§ 1 Bestandsaufnahme

Das Problem des ungeschriebenen Verfassungsrechts hat zwei Seiten: eine in Form geltender Rechtssätze und eine andere als dogmatischer Begriff, beide Seiten sind immer im Blick zu behalten. Ungeschriebenes Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland kann sinnvollerweise nur als das Verfassungsrecht verstanden werden, das nicht im Grundgesetz schriftlich enthalten ist, aber rechtlich so gilt, als wenn es dies wäre.

A. Ungeschriebene Verfassungsrechtssätze

Das geltende Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland ist im Grundgesetz niedergelegt. Trotz des provisorischen Charakters der ursprünglichen Fassung finden sich Normen, die sprachlich der weitgehenden Bedeutung der Verfassung für einen Staat entsprechen (vgl. nur Art. 1 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 2 GG). Neben diesen grundlegenden, den Staat und die staatliche Gewalt in ihrem Kern festlegenden Normen kennt das Grundgesetz eine Vielzahl von Vorschriften, die spezielle Einzelprobleme zum Gegenstand haben: Art. 48 Abs. 3 Sz. 2 GG: »Sie (die Abgeordneten) haben das Recht der freien Benutzung aller staatlichen Verkehrsmittel«; Art. 87e Abs. 3 Sz. 1 GG: »Eisenbahnen des Bundes werden als Wirtschaftsunternehmen in privat-rechtlicher Form geführt.«; Art. 7 Abs. 6 GG: »Vorschulen bleiben aufgehoben«; Art. 27 GG: »Alle deutschen Kauffahrteischiffe bilden eine einheitliche Handelsflotte«,¹ und zu guter Letzt: Art. 138 GG: »Änderungen der Einrichtungen des jetzt bestehenden Notariats in den Ländern ... bedürfen der Zustimmung der Regierungen dieser Länder.« Die Aufzählung von Verfassungsnormen, anhand derer Carl Schmitt 1928 vornehmlich am Beispiel der Weimarer Reichsverfassung den Unterschied zwischen formeller und materieller Verfassung verdeutlichte,² ließe sich ersichtlich auch für das Grundgesetz vornehmen.

Bei der Vielgestaltigkeit der Normen des Grundgesetzes vermittelt die Lektüre des Grundgesetzes dennoch eines nicht: eine vollständige Erfassung des deut-

¹ S. dazu A. *Blankenagel*, Tradition, 1987, S. 16: »anders als aus der Tradition nicht mehr verständlich«.

² C. *Schmitt*, Verfassungslehre, 1928, S. 12.

schen Verfassungsrechts. Wer das gesamte geltende Verfassungsrecht ermitteln will, »steht« staunend vor einem »Berg« von Verfassungsrechtssätzen, die nicht im Grundgesetz stehen, aber dennoch so gehandhabt werden, als wären sie dort schriftlich festgelegt.³ Will man diese Rechtssätze für die weiteren Überlegungen zu einer Ausgangsliste zusammenstellen, wären ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu nennen:

das materielle Rechtsstaatsprinzip,
das Bestimmtheitsgebot,
der rechtsstaatliche Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffe in Freiheit und Eigentum,
das Rückwirkungsverbot,
das Erfordernis der Bekanntgabe von Normen,
der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz,
das Willkürverbot,
der Schuldgrundsatz,
die Unschuldsvermutung,
der Grundsatz des fairen Verfahrens, insbesondere im Strafprozeß (fair-trial-Grundsatz),
die Selbstbelastungsfreiheit im Strafprozeß (der nemo tenetur Grundsatz),
der Justizgewährleistungsanspruch für Streitigkeiten zwischen Privaten,
das Recht auf informationelle Selbstbestimmung,
das Verbot, Richter in eigener Sache zu sein (Unparteilichkeit des Richters),
das Gebot des bundesfreundlichen Verhaltens,
die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes aus der Natur der Sache,
die Kompetenz zur Festlegung der Nationalhymne,
die Festlegung der Staatssprache auf die deutsche Sprache.

Diese erste Liste der ungeschriebenen Verfassungsrechtssätze dient zunächst als Arbeitsgrundlage. Sie ist weder abschließend, noch in dieser Form endgültig, vielmehr soll sie als Ausgangsbasis der weiteren Überlegungen dienen. Die nähere Untersuchung kann eine Veränderung der erfaßten Normgruppe mit sich bringen. Dennoch hat diese Liste in ihrer unbereinigten Form eine erhebliche Aussagekraft, und zwar für drei Erkenntnisse:

a) Es gibt Rechtssätze, die so gehandhabt werden, als stünden sie im Grundgesetz, aber dort nicht zu finden sind. Sie besitzen eine Struktur, mit der sie durchaus auch im Grundgesetz enthalten sein könnten, ohne einen systematischen Fremdkörper zu bilden. Sie sind von ganz unterschiedlichem Inhalt, aus den verschiedensten verfassungsrechtlichen Sachbereichen und von sehr unterschiedli-

³ Siehe zu diesem Element *H. Huber, Probleme* (1955), in: ders., *Rechtstheorie*, 1971, 329 (344).

cher Generalität. Ihr verbindendes Glied liegt in der Äquivalenz mit den geschriebenen Verfassungsrechtssätzen.

b) Die Zusammenstellung der Ausgangsliste ist im einzelnen nicht vor jeder Zweifelsfrage geschützt. Unsicherheiten mögen sich hier oder dort erheben, etwa darüber, ob ein bestimmter Rechtssatz wirklich gilt,⁴ d.h. in der Rechtspraxis beachtet wird, ob er wirklich ungeschrieben und nicht doch geschrieben sei,⁵ und ob ihm eine vergleichbare Bindungswirkung mit geschriebenem Recht zukommt. All diese potentiellen Einwände können aber ersichtlich eines nicht: die Liste insgesamt aufheben.

Läßt sich über die Einordnung einiger Rechtssätze streiten, ist umgekehrt auch die Ergänzung der Ausgangsliste durch andere Rechtssätze zu erwägen. Zieht man als Pool potentieller weiterer Verfassungsnormen die Rechtssätze heran, die in der Literatur ausdrücklich als ungeschriebenes Verfassungsrecht bezeichnet werden, erhält man folgende Sammlung: die Rechtssicherheit,⁶ den Grundsatz des Vertrauensschutzes,⁷ die strenge Chancengleichheit der Parteien,⁸ die Diskontinuität des Bundestages,⁹ den Aufopferungsanspruch,¹⁰ den Grundsatz des effektiven Rechtsschutzes,¹¹ die Einreisefreiheit,¹² die Ausreisefreiheit,¹³ die ungeschriebenen Wahlgrundsätze,¹⁴ das Subsidiaritätsprinzip,¹⁵ die Geschäftsordnungsautonomie des Bundesverfassungsgerichts,¹⁶ den Grundsatz der Erforder-

⁴ So etwa P. Kunig, Rechtsstaatsprinzip, 1986 hinsichtlich des Rechtsstaatsprinzips, z.B. S. 457ff.

⁵ So K. Stern, Staatsrecht, Bd. I, 1984, § 4 I 6, S. 111 bezüglich der Bundestreue.

⁶ H. Zacher, in: H. Nawiasky/ K. Schweiger/ F. Knöpfle (Hg.), Verfassung, Einl IV (Stand 1967), Rn. 47; F. Müller, Methodik, 1993, S. 254; ders., Einheit, 1979, S. 123.

⁷ H. Zacher, in: H. Nawiasky/ K. Schweiger/ F. Knöpfle (Hg.), Verfassung, Einl IV (Stand 1967), Rn. 47; P. Badura, in: HStR, Bd. VII, 1992, § 159, Rn. 4.

⁸ R. Buchsbaum, Ursprüngliches Recht, Diss. 1958, S. 105.

⁹ K.-H. Mattern, Grundlinien, 1969, S. 73f.

¹⁰ P. Schiwy, Impfung, 1974, S. 33; F. Ossenbühl, Staatshaftungsrecht, 1991, S. 108; B.-O. Bryde, in: I. v. Münch/ P. Kunig (Hg.), GG, Bd. 1, 1992, Art. 14, Rn. 108 (Gewohnheitsrecht, das im Kern Verfassungsrang besitzt); s.a. H. v. Mangoldt/ F. Klein, GG, Bd. I, 1957, Art. 14 Anm. VI 3, S. 436; H. Frister, Schuldprinzip, 1988, S. 33.

¹¹ M.J. Ohms, Pflicht, 1996, S. 44.

¹² K. Doehring, Staatsrecht, 1984, S. 337f.; zustimmend: A. Bleckmann, Staatsrecht II, 1989, S. 852; s.a. A. Bleckmann/ B. Busse, DVBl 1977, 794 (794).

¹³ So wohl A. Bleckmann/ B. Busse, DVBl 1977, 794 (794); A. Bleckmann, Staatsrecht II, 1989, S. 852.

¹⁴ I. v. Münch, in: ders./ P. Kunig (Hg.), GG, Bd. 2, 1995, Art. 38, Rn. 5.

¹⁵ H. Peters, Entwicklung, 1969, S. 52; H.-J. Wipfelder, DRiZ 1980, 441 (442); ders., in: GSf. R. Marcic, 1983, 947 (954); M. Jakobs, Grundsatz, 1985, S. 96ff.; T. Oppermann, JuS 1996, 569 (570ff.); ders., in: K.W. Nörr/ ders. (Hg.), Subsidiarität, 1997, 215 (218); s.a. P. Lerche, Übermaß, 1961, S. 200 Fn. 156.

¹⁶ A. Sattler, Rechtsstellung, Diss. 1955, S. 25 (nicht auf das Bundesverfassungsgericht beschränkt); R. Bieber, Verfahrensrecht, 1992, S. 50 »stillschweigend im GG enthalten«; s. aber K. Schlaich, Bundesverfassungsgericht, 1997, Rn. 27: »zweifelhafte Auffassung«.

lichkeit und der Geeignetheit,¹⁷ die Unverbrüchlichkeit der Verfassung,¹⁸ das Verfassungsprinzip der wehrhaften Demokratie,¹⁹ das Prinzip der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes,²⁰ das Menschenrecht auf Nahrung,²¹ das Verbot der Unterdrückung nationaler Minderheiten,²² die Methodenklarheit,²³ die Verfassungsorgantreue,²⁴ die Funktionenabgrenzung,²⁵ den *clausula-rebus-sic-stantibus*-Gedanken,²⁶ den Grundsatz, daß religiöse Minderheiten nicht unterdrückt werden dürfen,²⁷ den Grundsatz der ausgebildeten rechtsgelehrten Richter als Träger der rechtsprechenden Gewalt,²⁸ Grundlinien des kollektiven Arbeitsrechts und des autonomen Tarifvertragssystems,²⁹ die Rigidität des Verfassungsrechts im Sinne seiner Normtext-Klarheit,³⁰ die allgemeine Steuerpflicht,³¹ das ungeschriebene Notrecht des Staates,³² das ungeschriebene Verbot der Änderungen jener Verfassungsbestimmungen, unter denen ein Verfassungsorgan sich konstituiert hat;³³ das für den Bundespräsidenten geltende Verbot, ein Zustimmungsgesetz im Sinne des Art. 59 Abs. 2 GG, das vor dem Bundesverfassungsgericht angegriffen wurde, vor der gerichtlichen Entscheidung zu ratifizieren,³⁴ die Inkompatibilität der Mitgliedschaft im Bundestag und Bundesrat;³⁵ weitere ließen sich anschließen.³⁶

c) Die Erkenntnis, daß es Rechtssätze gibt, die geltendes Verfassungsrecht, aber dennoch nicht geschrieben sind, ist die notwendige Grundlage, um jene Schwie-

¹⁷ F. Müller, Methodik, 1993, S. 202.

¹⁸ F. Müller, ebd., S. 254.

¹⁹ J. Becker, in: HStR, Bd. VII, 1992, § 167, Rn. 43.

²⁰ A. Bleckmann/ B. Busse, DVBl 1977, 794 (795): ungeschriebenes Leitbild wie das Rechtsstaatsprinzip; P. Badura, Staatsrecht, 1996, D Rn. 118: Verfassungsgrundsatz; s. dazu K. Vogel, Verfassungsentscheidung, 1964; s.a. BVerfGE 1, 208 (233): Primat des Völkerrechts sei in Art. 25 GG proklamiert.

²¹ R. Buchsbaum, Ursprüngliches Recht, Diss. 1958, S. 94; Badischer Staatsgerichtshof VerwRspr. 1 (1949) Nr. 81, S. 249 (251): »Menschenrecht auf Nahrung, welches als ein ungeschriebenes, von keinem Rechtssatz aufzuhebendes Grundrecht allen Verfassungen innewohnt«.

²² R. Buchsbaum, ebd., S. 99.

²³ F. Müller, Methodik, 1993, S. 254; s.a. ders., Einheit, 1979, S. 123.

²⁴ M. Schuldei, Pairing-Vereinbarung, 1997, S. 113.

²⁵ F. Müller, Methodik, 1993, S. 254.

²⁶ C. Degenhardt, in: M. Sachs (Hg.), GG, 1996, Art. 70, Rn. 20; s.a. R. Stober, in: Wolff/ Bachof/ Stober, Verwaltungsrecht, Bd. I, 1994, § 25, Rn. 16; ebenso: BVerfGE 34, 216 (230ff.); BVerfGE 42, 345 (358f.).

²⁷ R. Buchsbaum, Ursprüngliches Recht, Diss. 1958, S. 98.

²⁸ P. Badura, in: HStR, Bd. VII, 1992, § 159, Rn. 4.

²⁹ P. Badura, ebd., Rn. 4.

³⁰ F. Müller, Methodik, 1993, S. 254; s.a. ders., Einheit, 1979, S. 123.

³¹ H. Hofmann, in: HStR, Bd. V, 1992, § 114, Rn. 20.

³² J. Isensee, in: HStR, Bd. VII, 1992, § 162, Rn. 96f., s.a. Rn. 17.

³³ Hildegard Krüger, NJW 1956, 246 (246f.): Geltung einer Änderung erst für die nächste oder übernächste Konstituierung.

³⁴ W. Flume, DVBl 1953, 65 (70).

³⁵ E. Kaufmann, VVDStRL 9 (1965), 1 (14).

³⁶ Vgl. etwa den Katalog bei R. Buchsbaum, Ursprüngliches Recht, Diss. 1958, S. 182f.

rigkeiten, welche die Handhabung der Normgruppe bereitet, zu bewältigen. Der Arbeit liegt demnach der gleiche Ausgangspunkt zugrunde wie schon vor 80 Jahren der Untersuchung von Rudolf Smend³⁷: Die Existenz ungeschriebener Verfassungsrechtssätze ist eine Tatsache; diese zu leugnen hieße, die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Man kann die tatsächliche Praxis für verfehlt, die Rechtsnormen für unnötig halten. Die normative Kraft der genannten Rechtssätze kann man dadurch nicht aus der Welt schaffen. Nimmt man die Existenz dieser Verfassungsnormen hin, bleiben nur zwei Möglichkeiten: entweder man bietet eine Lösung für dieses Phänomen an oder man kapituliert vor ihrer normativen Kraft. Das Argument, nicht jeder Faktizität käme Normativität zu,³⁸ trifft diesen Ausgangspunkt nicht: Die ungeschriebenen Verfassungsnormen sind gerade durch ihre normative Geltung gekennzeichnet (gelebte und als Recht empfundene Verfassungswirklichkeit³⁹);⁴⁰ sie sind keine tatsächlichen Verhältnisse der sogenannten Verfassungswirklichkeit, denen Normativität zugeschrieben wird, sondern Rechtsnormen, welche die gleiche Struktur wie geschriebene Verfassungsnormen besitzen. Sie werden von der Lehre und der Praxis als geltendes Recht angewendet.⁴¹ Will sich die Rechtswissenschaft nicht dem Vorwurf des Selbstwiderspruchs aussetzen, muß sie eine dogmatisch stimmige Erklärung für die Normen bereitstellen, die sie selbst anerkennt.

B. Die Begriffsverwendung

Wendet man den Blick vom Grundgesetz und den dort nicht enthaltenen Rechtsätzen auf die Rechtswissenschaft und den Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts, wird man wiederum von der Masse des Materials überrascht. Es besteht eine Fülle unterschiedlichster Rechtsüberlegungen. Von dem Begriffspaar des ungeschriebenen Verfassungsrechts wird reger Gebrauch gemacht, und zwar schon lange. Beiläufig, aber dennoch bewußt verwendet wurde der Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts 1908 in einer Untersuchung von Heinrich Triepel über ungeschriebene Kompetenzen im Bundesstaat;⁴² acht Jahre später

³⁷ R. Smend, in: FG f. O. Mayer, 1916, 247 (262 s.a. 248); s. dazu treffend S. Schröcker, Der Staat 5 (1966), 315 (325f.).

³⁸ C. Tomuschat, Verfassungsgewohnheitsrecht, 1972, S. 116 zum Verfassungsgewohnheitsrecht.

³⁹ G. Müller, ZSR 116 I (1997), 21 (26 zur Schweiz).

⁴⁰ Undeutlich insofern S. Schröcker, Der Staat 5 (1966), 315 (325f.).

⁴¹ So liegt die Hauptargumentation von C. Tomuschat auch gerade auf dem Nachweis, Rechtsnormen, die nur über das Verfassungsgewohnheitsrecht zu erklären seien, gäbe es nicht (S. 81 ff.). Dadurch wird dem Ausgangspunkt: wenn es ungeschriebenes Recht tatsächlich gibt, muß es dafür auch eine Erklärung geben, nicht seine dogmatische Kraft genommen, sondern nur versucht, ihm die tatsächliche Basis zu entziehen.

⁴² Heinrich Triepel, Die Kompetenzen des Bundesstaats und die geschriebene Verfassung, in: Festgabe für Paul Laband, Bd. 2, 1908, 247ff.

fand er Eingang in den Titel des Aufsatzes von R. Smend, mit dem dieser das Gebot der Bundestreue begründete.⁴³ Als selbständiger Begriff kann er spätestens ab 1951 gelten. In diesem Jahr fand am 18. und 19. Oktober die zehnte Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrertagung, die dritte nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes, statt. Sie befaßte sich im ersten Beratungsgegenstand mit dem Thema: Ungeschriebenes Verfassungsrecht. Der Inhalt der Berichte und der Verlauf der Tagung können, was sich im einzelnen noch zeigen wird, als mißglückt bezeichnet werden.⁴⁴ Die Relevanz des Themas darf aber, wenn nicht schon seit den Arbeiten von R. Smend und H. Triepel, dann seit dieser Tagung als bekannt vorausgesetzt werden.⁴⁵

1. Die Sachgebiete der Diskussion um das ungeschriebene Verfassungsrecht

Das Begriffspaar »ungeschriebenes Verfassungsrecht« kommt schwerpunktmäßig vor in den Bereichen der Rechtsquellenlehre, der Naturrechtsdiskussion (sofern man sie von der Rechtsquellenlehre trennt), der Methodendiskussion, und ist zugleich auch ein eigener Untersuchungsgegenstand. Neben diesen Kernbereichen wird es auf dem gesamten Feld der staatsrechtswissenschaftlichen Diskussion als geläufiger Terminus verwendet. So gibt es kaum einen Rechtssatz aus der Ausgangsliste der ungeschriebenen Verfassungsrechtssätze, für den sich nicht mindestens eine Stelle finden läßt, die ausdrücklich eine Verbindung zum ungeschriebenen Verfassungsrecht herstellt, indem sie es als (zumindest konkludent) ungeschrieben bezeichnet.⁴⁶ Der Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts wurde im Bereich der (Verbands-)Kompetenzen entwickelt und besitzt dort bis heute eine erhebliche Bedeutung und eine eigene Ausprägung. Im Bereich der Rechtsvergleichung dient er als ein wichtiges Unterscheidungskriterium.⁴⁷ Sofern das ungeschriebene Verfassungsrecht in den Bereich der Staatstheorie verwiesen wird,⁴⁸ wird dies nicht näher begründet und schneidet unzulässigerweise seinen Bezug zum geltenden Recht ab.

⁴³ *Rudolf Smend*, Ungeschriebenes Verfassungsrecht im monarchischen Bundesstaat, in: Festgabe für Otto Mayer, 1916, 247ff.

⁴⁴ Ebenso *W. Mallmann*, JZ 1951, 763 (763f.); *R. Buchsbaum*, Ursprüngliches Recht, Diss. 1958, S. 22; *P. Kunig*, Rechtsstaatsprinzip, 1986, S. 85.

⁴⁵ S. dazu *H. Bauer*, Bundestreue, 1992, S. 125: die Existenz ungeschriebenen Rechts war auf der Verfassungsebene im Prinzip nicht mehr ernsthaft gefährdet.

⁴⁶ S. z.B. *W. Mallmann*, DRZ 1950, 411 (411f.) (Willkürverbot); *R. v. Krauss*, Grundsatz, 1955, S. 41 (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz); *E. Kaufmann*, VVDStRL 9 (1965), 1 (14: Kompetenz für die Nationalhymne); *W. Braun*, VerwArch 76 (1985), 24 (45) (Bestimmtheitsgebot); *P. Kirchhof*, in: HStR, Bd. I, 1987, § 18, Rn. 45 (Staatsprache); *K. Stern/ M. Sachs*, Staatsrecht, Bd. III/1, 1988, § 66 II 3 d), S. 650 (zum Schuldgrundsatz); *M.J. Ohms*, Pflicht, 1996, S. 43 (zu den Rückwirkungsverboten).

⁴⁷ *H. Eichler*, Verfassungswandel, 1988, S. 11.

⁴⁸ *U. Scheuner*, Diskussionsbeitrag, VVDStRL 10 (1952), 46.

Unmittelbar einleuchtend ist die Erörterung des ungeschriebenen Verfassungsrechts bei den Überlegungen zur Rechtsquellenlehre. Die Trennung der Rechtsquellen für geschriebenes und ungeschriebenes Recht ist bekanntermaßen eine Grundunterscheidung für die Systematisierung der Rechtsquellen.⁴⁹ Nimmt man noch die Besonderheit der Verfassung als Teilrechtsordnung hinzu, die sich über die Trennung des *pouvoir constitué* und *pouvoir constituant* auch in den Bereich der Rechtsquellenlehre auswirkt, liegt die Besonderheit des ungeschriebenen Verfassungsrechts auf der Hand. So wird der Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts verwendet als Synonym für das Verfassungsgewohnheitsrecht⁵⁰ oder als Oberbegriff aller Rechtsquellen ungeschriebener Verfassungsrechtsnormen⁵¹ und als Rechtsquelle *sui generis*.⁵²

Auch in der Naturrechtsdiskussion wird der Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts immer wieder herangezogen. Der Einbezug des Naturrechts in den Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts vollzog sich erst nach 1945. Erst ab diesem Zeitpunkt erstarkte, vorangetrieben im wesentlichen von der Naturrechtsrechtsprechung der Gerichte,⁵³ wieder die Vorstellung, dem gesetzten Recht, auch dem Verfassungsrecht, läge ein überpositives Recht voraus. Die Herausbildung des Naturrechts durch die Gerichte nach 1945 hat naheliegende Gründe. Sie wurde für die geistige und auch rechtliche Aufarbeitung⁵⁴ des Dritten Reichs und dessen Recht als notwendig empfunden.⁵⁵ Die sich in der Folgezeit vollziehende »ewige Wiederkehr des Rechtspositivismus«⁵⁶ hat durch die Wiedervereinigung und die dadurch bedingte rechtliche Aufarbeitung eines totalitären Systems, ähnlich wie in der Zeit nach 1945, wiederum zur »ewigen Wiederkehr des Naturrechts«⁵⁷ geführt⁵⁸ – der Hinweis auf die »Mauerschützen-Entscheidung« des Bundesverfassungsgerichts und die vorausgehenden Entscheidungen des Bundesgerichtshofs⁵⁹ mögen als Beleg genügen.⁶⁰ Naturrecht ist hier

⁴⁹ *L. v. Rönne*, Preußisches Staatsrecht, Bd. 1 Abt. 1, 1869, § 14ff., S. 61ff.; *L. Enneccerus/H. C. Nipperdey*, Allgemeiner Teil, 1959, §§ 35ff., S. 240ff.

⁵⁰ *Z. B. U. Hochrathner*, Anwendungsbereich, 1985, S. 130.

⁵¹ *Z. B. O. Bachof*, Verfassungsnormen, 1951, S. 43ff.

⁵² *Z. B. A. Voigt*, VVDStRL 10 (1952), 33 (38).

⁵³ *S. z. B. BGHSt 2, 234 (237); BGHSt 3, 357 (362); BGHZ 3, 94 (106f.)*; s. den Überblick bei *G. Müller*, Naturrecht, 1967. Ein System des Naturrechts oder eine Erklärung seiner Verbindlichkeit sollte dabei nicht entworfen werden, vgl. *G. Müller*, Naturrecht, 1967, S. 7, 33; etwas zu vereinfachend dagegen: *H. Weinkauff*, NJW 1960, 1689 (1691f.): Allgemeine rechtsphilosophische Ausführungen zu machen, sei nicht Aufgabe eines Gerichts. Es löse die Aufgabe so, »daß es diejenigen naturrechtlichen Sätze findet und ausspricht, auf die es die Entscheidung des Einzelfalles führt«.

⁵⁴ *S. nur BGHSt 2, 173ff.; BGHSt 2, 234ff.; BGHSt 3, 357ff.; BGHZ 3, 94ff.*

⁵⁵ Vgl. nur *G. Müller*, Naturrecht, 1967, S. 13ff.

⁵⁶ *D. Lang-Hinrichsen*, in: FS f. E. Mezger, 1954, 1 (69); *P. Schneider*, ARSP 42 (1956), 98 (98).

⁵⁷ *H. Rommen*, Die ewige Wiederkehr des Naturrechts, 1947.

⁵⁸ *S. nur J. Hruschka*, JZ 1992, 429 (429).

⁵⁹ *BGHSt 39, 1 ff.; BGHSt 40, 241 ff.*; s. dazu statt vieler *R. Alexy*, Mauerschützen, 1993, 22ff.

⁶⁰ *BVerfGE 95, 96 (133ff.)*.

im Sinne der alten Naturrechtslehre gemeint, das durch die Bindung an die materielle Gerechtigkeit Inhalte vorgibt.

Vor allem der Bayerische Verfassungsgerichtshof⁶¹ hat für die Naturrechtsrechtsprechung die Grundlagen gelegt. Zunächst betonte er, die elementaren Grundrechte lägen dem positiven Recht voraus,⁶² und kommt dann später, unter Aufgabe der ausdrücklichen Beschränkung auf die Grundrechte, zu der bekannten Formulierung: »(d)aß eine Verfassungsbestimmung selbst nichtig ist, ist nun nicht schon um deswillen begrifflich ausgeschlossen, weil sie selbst ein Bestandteil der Verfassung ist. Es gibt Verfassungsgrundsätze, die so elementar und so sehr Ausdruck eines auch der Verfassung vorausliegenden Rechtes sind, daß sie den Verfassungsgesetzgeber selbst binden und daß andere Verfassungsbestimmungen, denen dieser Rang nicht zukommt, wegen ihres Verstoßes gegen sie nichtig sein können.«⁶³ Als ein Verfassungsgrundsatz dieser Art wird vor allem der Gleichheitssatz im Sinne eines Willkürverbotes verstanden.⁶⁴ Auch nach der teilweise abweichenden Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts⁶⁵ blieb der bayerische Verfassungsgerichtshof bei seiner Rechtsprechung: »Der Verfassungsgerichtshof vermag jedoch der Ansicht, daß es eine Rangordnung, eine Stufenfolge innerhalb der geschriebenen Verfassung selbst, die ein Messen rangniedriger Normen an ranghöheren Normen zulasse, grundsätzlich nicht geben könne, für den Bereich der Bayerischen Verfassung nicht beizupflichten.«⁶⁶ Entgegen gegenteiliger Äußerungen⁶⁷ bezeichnet der Verfassungsgerichtshof das von ihm anerkannte überpositive Recht nicht als ungeschriebenes Verfassungsrecht, und zwar weder ausdrücklich noch konkludent. Da das überpositive Recht dem bayerischen Verfassungsgerichtshof vor allem dazu dient, eine Prüfung von Verfassungsnormen an Verfassungsnormen zu ermöglichen, ist der Gegenstand der Überlegungen immer das geschriebene und nicht das ungeschriebene Recht. Die Rechtsprechung des bayerischen Verfassungsgerichtshofes, Verfassungsnormen könnten wegen des Verstoßes gegen elementare Verfassungsgrundsätze nichtig sein, wurde vom Bundesverfassungsgericht zunächst ausdrücklich übernommen.⁶⁸ Im Urteil vom 18. Dezember 1953 wurde die Wirkung des überpositiven Rechts dagegen abweichend von der Auffassung des bayerischen Verfassungsge-

⁶¹ Vgl. dazu *J. Wintrich*, *Recht, Staat, Wirtschaft* IV (1953), 139 (140ff.); *R. Buchsbaum*, *Ursprüngliches Recht*, Diss. 1958, S.73ff.

⁶² BayVerGHE 2, 45 (47); vorausgegangen war die noch weitere Formulierung: »Die Bayerische Verfassung faßt die Grundrechte als dem Gesetzgeber vorausliegende und vorgegebene Menschenrechte auf, über die er grundsätzlich nicht verfügen kann ...«, BayVerGHE 1, 64 (76).

⁶³ BayVerGHE 3, 28 (47); Bezug genommen in: BayVerGHE 4, 51 (58f.); BayVerGHE 9, 1 (10); BayVerGHE 20, 125 (128); BayVerGHE 23, 80 (85).

⁶⁴ BayVerGHE 20, 125 (128) mit weiteren Beispielen.

⁶⁵ BVerfGE 3, 225 (231f.).

⁶⁶ BayVerfGE 11, 127 (136); Bezug genommen in BayVerGHE 17, 94 (96); BayVerGHE 20, 125 (128); BayVerGHE 23, 80 (85).

⁶⁷ *R. Buchsbaum*, *Ursprüngliches Recht*, Diss. 1958, S.763 und öfter.

⁶⁸ BVerfGE 1, 18 (32, s.a. 61).

richtshofs konkretisiert. Überpositives Recht, das auch den Verfassungsgeber bindet, wurde unter Hinweis auf die sogenannte Radbruch-Formel als Orientierungsmaßstab zwar wiederum ausdrücklich anerkannt,⁶⁹ aber eine Rangstufeneildung der Grundgesetz-Normen unter Berufung auf das überpositive Recht ausdrücklich abgelehnt: »Das Grundgesetz kann nur als Einheit begriffen werden. Daraus folgt, daß auf der Ebene der Verfassung selbst ranghöhere und rangniedrigere Normen in dem Sinne, daß sie aneinander gemessen werden könnten, grundsätzlich nicht denkbar sind.«⁷⁰ Ein ausdrückliches Gleichsetzen von überpositivem Recht (materieller Gerechtigkeit) und ungeschriebenem Verfassungsrecht findet sich auch in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht. Die Terminologie in der wissenschaftlichen Diskussion war dagegen nicht so genau und zog das Naturrecht teilweise in den Begriff des ungeschriebenen Verfassungsrechts hinein,⁷¹ auch um die sachlichen Argumente der Grenzen der staatlichen Rechtssetzungsbefugnisse nicht mit der Konturenlosigkeit des Naturrechtsbegriffs zu belasten.⁷²

In den Bereich der Methodenlehre gehört die Frage, (a) wie ungeschriebenes Verfassungsrecht festzustellen ist, bzw. (b) wie die Grenze zwischen Interpretation und ungeschriebenem Recht zu ziehen sei.⁷³ So wurde schon vor knapp neunzig Jahren der Grund für die Unklarheiten über den Umfang des ungeschriebenen Verfassungsrechts darin gesehen, »dass über die Methoden, mit deren Hilfe ungeschriebenes Verfassungsrecht festgestellt werden kann, bisher kein Einverständnis erzielt worden ist.«⁷⁴ Relevant wird das ungeschriebene Verfassungsrecht auch bei der Interpretation geschriebenen Rechts. Bis zu welchem Bereich kann ein Ergebnis, das unter Bezugnahme auf geschriebenes Recht begründet wird, sich noch auf dieses als Rechtsquelle stützen? Ist ein Rechtssatz, der durch Interpretation gewonnen wurde, geschrieben oder ungeschrieben?⁷⁵ Sind Normen, die sich aus dem »sinngemäßen Zusammenhang eines bestimmten ... Normenkomplexes«⁷⁶ ergeben, geschrieben oder ungeschrieben?⁷⁷ Das ungeschriebene Verfassungsrecht kommt weiter vor bei der Frage der Schließung von Lücken.⁷⁸

⁶⁹ BVerfGE 3, 225 (232f.).

⁷⁰ BVerfGE 5, 85 (137); wiederholt in BVerfGE 4, 294 (296), BVerfGE 23, 98 (106); relativiert in BVerfGE 5, 85 (137); ausführlich dazu *F. Müller*, Einheit, 1979, S. 125ff.

⁷¹ *H.-J. Wipfelder*, DRiZ 1980, 441 (443).

⁷² S. z.B. *O. Bachof*, Verfassungsnormen, 1951, S. 9 Anm. 2.

⁷³ *W. Jellinek*, Diskussionsbeitrag, VVDStRL 10 (1952), 67; *Friedrich Klein*, Diskussionsbeitrag, VVDStRL 10 (1952), 66; *H. Krüger*, Diskussionsbeitrag, VVDStRL 10 (1952), 63.

⁷⁴ *H. Triepel*, in: FG f. P. Laband, Bd. 2, 1908, 247 (253).

⁷⁵ Für das erste Ergebnis z.B. *A. Voigt*, VVDStRL 10 (1952), 33 (40); stärker zum zweiten Ergebnis demgegenüber *E. Schmidt-Jortzig*, ZgS 130 (1974), 123 (128).

⁷⁶ *W. Weber*, AÖR 58 (1930), 161 (164f. Fn. 6).

⁷⁷ Am Beispiel des Gebotes bundesfreundlichen Verhaltens für die erste Variante *K. Stern*, Staatsrecht, Bd. I, 1984, § 4 I 6, S. 111; a.A. demgegenüber *H. Peters*, Entwicklung, 1969, S. 55.

⁷⁸ *A. Voigt*, VVDStRL 10 (1952), 33 (41); *W. Schätzkel*, Diskussionsbeitrag, VVDStRL 10

Stichwortverzeichnis

- Abgeleitete Rechtssätze 139, 144, 152, 203, 212f., 224, 239, 294, 395, 417, 457
- Abgeordneter 1, 78, 92, 339
- Abhängigkeit des geschriebenen Rechts vom ungeschriebenen 116, 121; s. a. Konnexität
- Ableitung 20, 147, 153ff., 172f., 200, 207, 209ff., 217, 239f., 241ff., 262ff., 339ff., 342, 375, 401, 420, 435, 455f.
 - Begriff 243
 - logisches Verfahren 207
 - ungeschriebenes Recht 210ff.
 - Schuldgrundsatz 250f.
 - Selbstbelastungsfreiheit 251
 - Unschuldsumutung 250
- Ableitungsergebnis 375
- Ableitungsketten 156, 172, 250ff., 455
 - Rückwirkungsverbote 252
- Ableitungsschlüsse 252ff.
 - Bundestreue 253
 - Unparteilichkeit des Richters 252
- Ableitungszusammenhang 202
- Absolutismus 41
- Abstraktion einzelner Vorschriften 181ff.
- Abstufung der Rechtsschöpfung 200
- Adel 324, 386
- Aktionsrechtliches Denken 190
- Akzentverschiebung 130, 170ff., 454
- Akzeptanz 91, 199, 336, 342
- Allgemeines Landrecht (Preußisches) 40, 160, 242, 257, 375, 422
- Allzuständigkeit 43, 323, 331
- Amerika 19, 22, 30, 34, 40, 47, 49f., 53, 200, 202, 206, 281, 346, 349
- Amnestiekompetenz 431
- Amtssprache s. Staatssprache
- Analoger Rechtssatz ungeschrieben 242
- Analogie 19f., 62, 34, 161, 20, 134, 200, 202, 242, 368, 405
 - Ableitung 241
 - Auslegung 20
 - Rechtsquelle 242
- Analogieschluß 134
- Änderungspflicht (Verfassung) 117
- Änderungsverbot für Konstitutionsnormen 5
- Anklagerecht der Kammern 283
- Annahmeverfahren (Grundgesetz) 354
- Anschütz, Gerhard 36, 213, 301, 380
- Äquivalenz des ungeschriebenen mit dem geschriebenen Recht s. ungeschriebenes Verfassungsrecht – Strukturgleichheit.
- Argumentationsketten 226
- Asylrecht 410
- Aufklärung 160, 424, 427, 443
- Aufopferungsanspruch 4, 147, 277
- Auftrag an das Verfassungsgericht 126
- Ausdehnung des schriftlichen Rechts 203ff.
- Ausgangsliste 3, 4, 7, 16, 140, 187f., 191, 197, 204, 243f., 263, 304f., 309, 443, 449f.
- Auslandseinsätze 109f.
- Auslegung 19, 24, 62ff., 81, 93, 102, 200f., 207, 240f., 243f., 257, 295ff., 319f., 335, 367, 400f., 433f.
 - Ableitung 243ff.
 - als Nachvollziehung von Vorgedachtem 159ff.
 - Analogie 21, 36, 136, 161, 173
 - extensive 19, 62, 200
 - logisches Verfahren 161, 163
 - Lücke 136
 - Methoden 98
 - Regeln 161, 235, 313
 - teleologische 92, 235, 335
 - von ungeschriebenem Recht 335

- wechselseitige Konkretisierung 161
- Wertung 161
- Auslegungsspielräume 100, 161
- Ausnahmезustand 4, 86, 280
- Ausreisefreiheit 4, 212, 387
- Aussagefreiheit – s. Selbstbelastungsfreiheit
- Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten 22, 25
- Auswanderungsfreiheit 386ff.
 - Entstehung 386f.
 - Lücke 387
- Authentische Interpretation (BVerfG) 310ff., 460
- Authentische Interpretation 98
- Autorität 135, 145, 285, 308

- Bachof, Otto 124ff., 132
- Beamtenbesetzung – proportionale 22, 25
- Bedeutungswandel 25, 91, 96, 394
- Begrenzung der Staatsgewalt 38, 41, 43, 51f., 69
- Begriffe
 - ausfüllungsbedürftige 118, 167
 - Bildung 15ff., 136, 195, 301
- Begründung, rationale 168, 208, 236, 300, 341ff.
- Bekanntgabe von Normen – s. Veröffentlichungsgebot
- Bestandskraft 287, 308, 312
- Bestimmtheitsgebot 3, 130, 141, 166, 193, 204, 244, 248f., 255, 260, 262f., 266, 304, 392, 421ff., 449, 454
 - als Verfassungsgewohnheitsrecht 465
 - Bindungswirkung 304
 - Begründung 255f.
 - Eingriffsgesetze 258
 - Entstehung 424
 - Gewaltenteilung 258
 - Herleitung 256
 - Inhalt 255f.
 - Orientierungssicherheit 258
 - Selbstverständliches Recht 425
 - Strafgesetze 248
 - Terminologie 265f.
 - und Auslegungsbedürftigkeit 257
 - und unbestimmte Rechtsbegriffe 257
 - und Wesentlichkeitstheorie 259
 - Voraussehbarkeit 258
- Bindungswirkung 4, 21, 24, 121, 129, 131, 144, 153, 175f., 190, 273, 285, 292ff., 301ff., 334, 340, 370, 375, 400ff., 420
- Blankettbegriffe 166, 173
- Bornhak, Conrad 29f.
- Budgetgesetz 76f.
- Bundesfreundliches Verhalten s. Bundesstreue:
- Bundeskompetenzen, ungeschriebene 3, 6, 18ff., 75f., 104, 136, 138, 166, 180, 202, 205, 245, 249f., 255, 392, 304ff., 365ff., 431, 436, 445, 457f.
- Bundesrat (Reichsverfassung) 22, 29, 31, 54, 70, 136, 364, 418
- Bundesrat 4, 78, 93
- Bundesregierung 205, 250, 365, 372, 435, 462
- Bundesrepublik 92, 137, 183, 251, 255, 320, 322, 325ff., 329ff., 352, 358, 367, 385, 396, 408, 417
- Bundesstaat, Wesen des 25, 253f.
- Bundesstaat 19, 23, 26, 65f., 78, 158, 207, 211, 260, 295, 355, 366, 417
- Bundestreue als mitgesetztes Recht 464
- Bundestreue 3, 7, 23ff., 67, 73, 138, 140, 166, 180, 183, 189, 203, 212, 245, 253, 260, 265, 295, 299f., 304, 335, 350, 388, 406, 413, 416f., 435f., 451, 464
 - Begründung 253
 - Bindungswirkung 24, 24, 73, 304
 - Entwicklung (Begründung) 254
 - Inhalt 253
 - Rechtspflicht 24
 - Rechtsquelle 254
 - Selbstverständliches Recht 388
 - Terminologie 265
 - ungeschrieben 180
- Bundesverfassungsgericht 8ff., 89f., 100f., 125, 129f., 165f., 170, 198ff., 216ff., 244ff., 262f., 292ff., 339ff., 387f., 406, 417, 431f., 436f.
 - Besonderheiten 317
 - Bindungswirkung seiner Entscheidungen 313ff.
 - Entscheidungsmaßstab 181
 - Stellung 217

- und Richterrecht 302ff.
- und ungeschriebenes Verfassungsrecht 177ff., 185
- Verfassungsrang der Entscheidungen 310ff.
- Bundesverfassungsgerichtspositivismus 176
- Bündnisverträge 25
- Bürgertum 52, 55, 80

- Chancengleichheit der Parteien 4, 179
- clausula- rebus-sic-stantibus 5, 111, 180f., 403
- contra constitutionem 12, 85, 135ff., 361ff., 462
- contra legem 14, 134
- Datenschutz – s. Recht auf informationelle Selbstbestimmung:
- Dau-Lin, Hsü 46, 82f., 85f., 270
- Deduktion 120, 149, 155, 159, 163, 171, 183, 186, 243, 260, 399
- Delegation 206, 372
- Demokratie 21, 25, 32, 65, 182ff., 216ff., 310
- Demokratieprinzip 210, 214, 246, 260, 420
- Deutsch s. Staatssprache
- Deutsche Sprache 3, 255
- Dezision 158, 214, 260
- Diskontinuität 4, 204, 277, 435
- Diskussion um das ungeschriebene Verfassungsrecht – s. dort
- Dualismus, Fürst – Stände 39f., 48, 284, 423

- Effektiver Rechtsschutz – s. Rechtsschutz, effektiver
- Einheit der Verfassung 10, 50, 64, 290, 299, s.a. 57
- Einreisefreiheit 4, 198, 202
- Einziehung 372, 462
- Elastizität der Verfassung 14f., 63f.
- England 37, 49, 85, 143, 346
- Enteignung 286, 361
- Entscheidung über Art und Form der politischen Einheit 65, 272, 312
- Entscheidungsnorm 162, 172, 174, 196f., 307, 347

- Erhöhte Gesetzeskraft 53f., 270, 284, 287, 452
- Erkenntnisgewinn (Begriffsbildung) 300ff.
- Ermächtigung, stillschweigende 206, 372
- Erste Rechtsordnung im Staat 107, 287f., 297, 458
- Evidenz 20, 236, 444

- Fair trial Grundsatz 3, 244, 251, 260f., 305, 396, 448, 465
- Herleitung 260f.
- Inhalt 260f.
- Normoffenheit 260f.
- Faktizität 6, 83, 91, 94, 110, 114, 136, 215
- Fehde 323
- Fehlende Schriftlichkeit, Gründe 375ff.
- Finanzverfassung 90, 166, 253, 326
- Flaggenstreit 249
- Flurbereinigungsabkommen 370
- Folgenorientierung 168
- Formelkompromiß 312, 378ff.
- Fortentwicklung – Verfassung 105ff.
- Fortgeltung alten Verfassungsrechts 412, 439, 363
- Fraktionen 78, 92, 339
- Franckensteinsche Klausel 28, 73, 90
- Frankreich 40, 47, 49f., 52, 349, 412
- Freiheit (des Bürgers) 42, 45ff., 52, 118, 127, 187, 204, 232, 234, 237, 244, 246ff., 304, 329, 385, 388, 392, 395, 414, 423f., 435
- Freiheitsstrafe, lebenslange 221
- Fronde 384
- Fundamentalnormen 88, 146ff., 151f.
- Funktionslosigkeit des ungeschriebenen Verfassungsrechts 173, 455

- Gebot des schuldangemessenen Strafens s. Schuldgrundsatz
- Geisteswissenschaftliche Methode 163, 172, 299
- Geltung 4, 6, 30, 81, 103f., 111, 121, 127ff., 131, 169, 191, 220, 231f., 240, 246, 255, 277, 286, 306f., 336f., 344f., 355f., 362ff., 382f., 388f., 408ff., 429ff., 433, 459ff.
- Geltungs-
-anspruch, universeller 210f.

- grund 126ff., 152, 199, 340
- kraft 371, 375, 293ff., 297, 302, 308, 312, 340
- sicherheit 199, 214, 292, 336
- verlust 103ff.
- Gemeinwohl 150, 252
- belange 11, 230
- bindung 331, 361
- Generalklauseln 166, 173, 257, 260
- Generation 105f.
- Gerber, Carl Friedrich 48, 56, 76, 298
- Gerechtigkeit 42, 117, 119, 124, 147ff., 157, 169, 215, 223, 324, 345, 421, 452
 - materielle 9f., 129f., 226, 330, 373
- Gesamtbild vorverfassungsmäßige 182, 406
- Gesamtzusammenhang 172, 174
- Geschäftsordnung 22, 30, 74, 78, 83, 273, 350, 445
- des Bundesverfassungsgerichts 4
- Geschäftsordnungsautonomie 348, 406
- Geschriebenes Recht 199
 - Ableitungsketten 239
 - Begriff 199, 201ff.
 - Grenzen 202ff.
 - Nähe zum Normgeber 201
 - Nähe zum Rechtssetzungsverfahren 200
 - Rechtsquelle 239
 - und gesetztes Recht 199, 208
 - und ungeschriebenes Recht 10, 20
- Gesetzes-
 - änderung, Recht zur 320f.
 - begriff 15, 116, 136, 422
 - gehorsam 328, 385
 - kraft 313, 452, 460
 - positivismus – Verfassungspositivismus 35f., 68, 71, 77, 84f., 88, 112, 115, 144, 298, 451
 - sprache s. Staatssprache 255
 - vorlagen, kaiserliche 28, 73, 364, 399
- Gesetzesvorbehalt s. Vorbehalt des Gesetzes 423
- Gesetzgebung als Verfassungsvollzug 107, 217f., 460
- Gesetzgebungskompetenzen, ungeschriebene 104, 136, 205ff., 245, 258, 304, 366, 462
 - Annex 200, 447
 - aus der Natur der Sache 3, 134, 136, 180, 200, 206f., 365
 - als mitgesetztes Recht 464
- Gesetzgebungsstaat 324
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 190, 247, 408, 424
- Gewalt, verfassunggebende s. Verfassunggebende Gewalt
- Gewaltenteilung 45f., 78, 114, 160, 258, 262, 272, 274, 435
- Gewaltmonopol 254, 323ff., 330, 333, 460
- Gewaltverhältnis, besonderes 172, 415
- Gewohnheitsrecht 14, 19f., 24, 29, 31, 56, 64, 73, 91, 119, 121, 133f., 143, 149, 197, 201, 268, 292, 398, 405, 421, 443
- Gleichheitssatz 9, 117, 120, 184, 245, 286, 350, 406
 - ungeschriebener 179f., 187, 245
- Göttliches Recht 119
- Grenze:
 - Auslegung – Analogie 21, 161, 173
 - geschriebenes – ungeschriebenes Recht 145, 170, 172, 202
 - Rechtsanwendung und -fortbildung 161
- Großer Senat für Strafsachen 225ff.
- Gründe, tragende (BVerfG) 306, 315f.
- Grundscheidungen 15, 145ff. 148, 158ff., 171, 177, 184, 207, 250, 301, 390
 - Begriff 159
 - verfassungsgestaltende 146, 148, 152, 158
- Grundgesetz
 - Einheit 290, 299, 390, 431
 - Entstehungsgeschichte 2, 117, 129, 137, 353, 381
 - Grund der Schriftlichkeit 358f.
 - Kodifikationscharakter 347ff., 352, 439, 461
 - Lückenhaftigkeit 218
 - materiellrechtliches Gewicht 167f.
 - Normierungsstruktur 167f.
 - offene Normen 166
 - Offenheit 107, 218, 360
 - Staatskonstitutionsnormen 329ff.
 - Steuergewalt 320, 326
 - Strafgewalt 326
 - strenge Normtextbindung 12, 205, 289, 361

- umfassender Regelungsanspruch 168
- Unvollständigkeit 2f.
- Vollverfassung 275, 331, 347, 352ff., 390
- Grundkonsens 214, 336, 374
- Grundnorm, ungeschriebene 147, 330
- Grundordnung
 - demokratische 179
 - des Staates 40f., 49, 90, 93, 105f., 116, 127, 211, 269, 278, 282, 297, 360, 389
 - gesellschaftliche 211
 - staatliche 127
- Grundpflichten 327f.
- Grundrechte 9, 15, 37f., 45ff., 65, 103, 109, 112, 143f., 167f., 171, 180, 185, 190, 211, 223, 235ff., 240, 246, 248, 251, 259ff., 272ff., 285f., 299, 329, 338, 370f., 379, 395, 410, 425
 - Funktion 167
 - lückenloses System 211
 - objektiv-rechtliche Funktion 190
 - soziale 376
 - Wertordnung 299
 - Wesen 237
- Grundrechtskataloge 45ff., 47, 154, 348, 395
- Gründungs- und Gestaltungsakt 50, 409

- Handlungsfreiheit, allgemeine 198, 251, 388
- Hatschek, Julius 83ff.
- Heer 80, 113, 323, 328
- Hegel 259
- Hegemonie, preußische 26f.
- Heller, Hermann 111, 185
- Hennis, Wilhelm 35, 94
- Herkommen 80, 441
- Hermeneutik 161, 168
- Herrschaftsverträge 38ff.
- Hierarchie der Rechtsnormen 268, 272, 288, 316, 350, 403
- Hineinwirkungslehre 183
- Hippel, Ernst von 15, 115ff., 121, 124, 142
- Historische Rechtsschule 149, 427
- Hobbes, Thomas 44, 120
- Honnecker-Beschluß 139, 188
- Idee der Gerechtigkeit 157, 223, 226f., 454
- Implied powers 19f., 34
- Induktion 156, 171, 239, 243, 245
- Inflation des Verfassungsrechts 216ff., 219, 417
- Integration 62ff., 97, 107, 164, 171, 249, 272, 277, 299f., 417, 442
- Integrationsfunktion (Verfassung) 341
- Integrationslehre 62ff., 66, 68, 269, 277, 299f.
- Integrationsordnung 66, 107, 269, 277, 299, 447
- Integrationsprozeß 63, 97, 164, 277, 300
- Intendierter Zustand 91f., 95
- Interpretation 10, 24, 30, 82, 98ff., 113, 126, 133, 141ff. 160ff., 171, 189, 200ff., 209, 235, 240, 244, 296ff.
 - Geltung 296
 - Konkretisierung 165
 - korrigierende 198
 - Verfassungsrang 296
- Interpretations-
 - ergebnis 29, 121, 171, 296f.
 - positivismus 144, 189, 300, 460
 - recht 301
 - spannbreite 70, 100ff., 163
 - verbot 160
 - wechsel 82, 85, 108, 296f., 305, 453
- Jellinek, Georg 29ff., 33, 46, 58ff., 68, 72f., 82, 93, 269ff., 328, 358, 442, 451
- Jellinek, Walter 136, 394
- Juristische Methode 57f., 172
- Juristische Person – Staat 45, 48, 396
- Justitiabilität 265
- Justizgewährleistungsanspruch 3, 141, 188, 212, 244, 254, 260ff., 304, 333, 342, 395, 406, 418, 433, 464,
 - Bindungswirkung 304
 - Inhalt 261f.
 - Normentausch 262
 - selbstverständliches Recht 255, 418
 - ungeschrieben 255
 - Verfassungsgewohnheitsrecht 419
- Kampf um den Wehrbeitrag 68, 275, 277, 322, 353f., 382

- Kant, Immanuel 42, 130, 160, 174
- Kodifikation 36f., 41, 49f., 58ff., 67, 112f., 133, 150, 242, 345ff., 375, 380ff., 409, 411ff., 437ff., 461
- Entlastung 382ff.
 - Grundgesetz 352
 - Konnexität 461
 - Unvollständigkeit 357
- Kodifikations-
- begriff 349
 - frage 345
 - gedanke 35, 49
 - idee 346, 349
 - schutz (Grundgesetz) 351
 - zeit 424
- Kollisionsregel 37, 289, 373, 461
- Kompetenzen, ungeschriebene – altes Reich 7, 19, 30
- Kompetenzen 3, 19, 21, 76, 78f., 89, 97, 118, 135, 166, 209, 249, 252, 277, 323, 369, 395, 445
- Kompetenznorm 135, 371, 395
- Kompromiß 23, 53, 69, 108, 276f., 344, 379, 438, 453
- Kompromißentscheidung 379
- Konfessionsunterschiede 108, 379
- Konkordanz, praktische 235, 371, 393
- Konkretisierung 148ff., 162ff., 172f., 175, 196ff., 215f., 244, 259, 290, 294ff, 328, 335, 348, 377, 385, 400ff., 432ff., 448, 455ff.
- Konkretisierungsergebnis
- Bindungswirkung 297
 - Geltungskraft 296
- Konnexität 240, 344, 373f., 391, 438, 442, 446, 461
- Konsens 108, 161, 168, 171, 214, 236, 336, 341ff., 373f., 379, 385, 409, 432f., 444, 448, 461
- Konsensabhängigkeit 336f., 341f., 373, 461
- Konsequenz 19f., 28, 405, 410
- Konstitutionsprinzipien 125, 333
- Konstitutionalismus 50, 69, 76, 281
- Konstitutionelle Monarchie 414f.
- Konstitutionelle Staatslehre 57
- Konstitutionsprinzipien 15, 115, 117, 126, 140, 157ff., 177, 185, 187, 254, 333, 376
- Begriff 159
 - und ungeschriebenes Verfassungsrecht 331
- Konventionalregeln 24, 31, 74, 82ff., 93, 399f., 403, 432, 442, 463
- Konventionen 15, 143
- Krone 95, 311
- Krüger, Herbert 81f., 143, 187, 191
- Kundgabegebot s. Veröffentlichungsgebot
- Laband, Paul 19, 26ff., 33, 35, 48, 56, 58f., 71ff., 79, 85, 285, 298, 301, 381, 399, 442, 451
- Länderverfassungen 30, 48, 263, 327f., 384f., 412, 414, 418
- ungeschriebenes Bundeseinwirken 183
- Landfrieden, ewiger 39, 323
- Lebenstotalität des Staates 63, 85, 96, 111
- leges fundamentales 39
- Legitimation durch Rechtssetzungsverfahren 200, 214
- Legitimation 11, 98, 214, 277f., 309, 456
- Legitimations-
- bedarf 214
 - funktion 289
- Legitimität 65f., 277
- Leibeigenschaft 384ff.
- Leitgrundsätze 15, 157f., 399, 463
- Lesung von Gesetzesentwürfen 186, 431
- Logik 57, 243
- Lücke 10, 12, 31, 56f., 59, 67, 76, 82, 118, 121, 126, 133, 135ff., 159f., 162, 165f., 174f., 200, 213, 218, 242, 249f., 305, 320, 347ff., 377, 380ff., 392ff., 462
- Auswanderung 387
 - Konnexität 462
- Lücken-
- begriff 161f.
 - füllung 118, 121
 - problem 391ff.
- Lückenhaftigkeit der Verfassung 128, 165
- Lückenlosigkeit
- der gesetzten Rechtsordnung 159, 174, 242
 - des Rechts 174, 347f.

- Macht als Konstitutionsbedingung 147ff.
Macht 32, 72, 86, 94, 115f., 150, 277, 311,
322, 340, 342, 358, 444
-ausgleich 95
-begrenzung 43
-kontrolle 95, 341
-Verteilung 34, 52, 96
Machtverhältnisse 14, 82
– und Verfassung 61
Magna Charta 46
Matrikularbeitrag 28
Materielle Verfassungsgesetze s. Verfas-
sungsgesetze, materielle
Materielles / formelles Recht 268
Mauerschützen 8, 129
Maximensetzung 165, 198
Mayer, Otto 415, 417
Mehrheitswahlrecht 218, 377
Menschenrecht auf Nahrung 5
Menschenrechtserklärungen 47, 49
Menschenwürde 117, 130, 139, 151, 173,
211ff., 223, 237, 251, 260, 262, 385, 410,
456
Methoden-
-diskussion 7, 21, 145
-klarheit 5, 289
-wandel 162ff.
-wirrwarr 163
Methodenlehre 7, 10, 86, 102, 140, 161f.,
197, 202, 243, 298, 334
– juristische 159
– moderne 334
Methodenverständnis:
– klassisches 159ff., 197
– modernes 159ff., 197
– staatsrechtlicher Positivismus 56ff., 68,
94
Minderheiten 5, 338
-rechte 178
-schutz 5
Mißbrauchsgefahr 20, 190, 337, 406, 451
Mißtrauensvotum 138, 373
Mitgeschriebenes Recht 128, 205, 208,
214, 245, 457
Mitgesetztes Recht 20, 207ff., 350, 383,
389f., 399, 404ff., 418ff., 457, 462ff.,
464
– Begriff 383
– Rechtsquelle 404ff.
– Selbstverständliches Recht 411f.
– und gesetztes Recht 404
Monarch 43, 48, 51, 282, 311, 418
– souveräner 39
Monarchie 23, 32, 43, 50ff., 57, 65, 94,
311, 358, 414, 423, 452, 458
Monarchisches Prinzip 48, 76
Nachführung 164, 310
Nachkriegszeit 120, 123f., 132, 440,
453
Nahrung s. Menschenrecht auf Nahrung:
Nationalhymne 3, 250, 305, 345, 388, 396,
436, 445
– und selbstverständliches Recht 388
Nationalsozialismus 105, 120, 123, 144,
299, 440, 453, 465
Natur der Sache 120, 134, 149, 158, 167,
249, 252, 304, 337, 345, 367f., 402, 464
– Bundestreue 254
– Staatssprache 255
– s.a. Gesetzgebungskompetenzen, Natur
der Sache
Naturrecht 7ff., 42, 44, 50, 115ff., 124ff.,
129ff., 151, 157ff., 182, 186, 211, 245,
248, 275, 295, 277, 319ff., 322, 336, 341,
344, 374, 393ff., 424, 453f.
– altes 120, 129
– Bindungswirkung 131
– contra constitutionem 123
– Funktion 131
– Geltung 344
– kodifiziertes 132
– Konstitutionsprinzipien 158
– Maßstab für das BVerfG 125, 182
– modernes 120
– positiviertes 125, 129
– Rechtsqualität 133
– Rechtswirkungen 122ff.
– Renaissance 123
– und Grundgesetz 132
– und Kodifikation 133
– und Lückenschließung 123
– und ungeschriebenes Verfassungs-
recht 115ff., 129ff.
Naturrechtsdiskussion 7f., 13, 120, 123f.,
393

- Naturrechtslehre 9, 44, 130, 144, 407
 Naturzustand 41, 45
 Nemo tenetur Grundsatz – s. Selbstbelas-
 tungsfreiheit
 Norm und Wirklichkeit 12, 18ff., 33f., 63,
 69f., 71, 80f., 86, 90, 112f., 137
 Normative Kraft 6, 91, 93, 291, 402, 442
 – des Faktischen 58, 73f., 86f., 89, 122,
 127, 336, 442f.
 Normativität 6, 25, 81, 89, 91, 94, 112,
 127f., 170, 201, 215, 218, 359, 364, 379,
 409
 Normauslegung 66, 159ff., 435
 Normbereich 110, 165, 169f., 196f.
 Normenhierarchie 268, 272, 289, 316,
 350, 403
 Normenkumulation 261f., 457
 Normentausch 262
 Normenkontrolle 181, 225, 280, 312ff.
 Normklarheit 265f., 289
 Normoffenheit 274, 295
 – und fair trial Grundsatz 260f.
 – und ungeschriebenes Verfassungsrecht
 260ff.
 Normprogramm 110, 169, 196, 260
 Normtext 167, 169, 172, 197f., 200, 202f.,
 220, 238, 240, 243ff., 250, 262, 265, 289,
 296, 302, 325, 329, 351f., 361, 369, 375f.,
 380, 404, 410, 420, 448, 456
 – bindung, strenge 170, 289
 – Herunterstufung 171
 – klarheit 5
 – Nähe zum 244ff.
 Normtexte
 – geschriebene 172, 197
 – ungeschriebene 172, 197
 Normweite und ungeschriebenes Verfas-
 sungsrecht 260ff.
 Normwiederholungsverbot 306, 315
 Notrecht des Staates 5
 Notstandsrecht 138
 Notstandsverfassung 382, 454
 Notwendigkeit 22, 31, 68f., 85f., 114,
 127f., 186, 193, 345, 359, 405
 – als Normbegründung 24, 38
 Nulla poena sine culpa – s. Schuldgrund-
 satz:
 nulla poena sine lege 189
 Obersatz 160, 172ff., 306ff., 431, 436,
 455
 Obsoletwerden 31, 82, 91, 103ff., 125, 199
 Oktroyierte Verfassung s. Verfassung –
 oktroyierte
 opinio juris 149ff., 156, 292, 343, 432,
 444, 446
 Opposition 78, 92f., 339
 Optimierungsgebote 116, 164, 212, 218f.,
 238, 351, 434
 Ordnungsfunktion (Verfassung) 11, 341
 Organ, rechtssetzungsbefugt 199, 200
 Organkompetenz 78ff., 305, 388, 394, 434
 Organstreitigkeiten (Konstitutionalismus)
 311
 Parlament 30, 32, 48, 77, 84, 92, 97, 107,
 250, 282, 311, 423f., 435
 Parlamentarischer Rat 218, 245, 354, 376,
 385, 387ff., 405, 416ff., 422, 425f.
 Parlamentarismus 32
 Parteien – s. Chancengleichheit der Partei-
 en
 Parteifinanzierung 102, 303
 Politik und Recht 58ff., 75, 93, 298, 451
 Politische 62, 96
 Politische Verhältnisse 32f., 52, 81f., 112,
 134, 276, 344, 402, 416
 Politisches Recht 64f., 96ff., 165, 348, 403
 Pölitz, Karl Heinrich Ludwig 55
 Positivismus 8, 36, 58, 60, 68, 71, 84, 112,
 115, 298, 300, 357, 437
 Pouvoir constituant 8, 42, 88, 101f., 106,
 281, 287, 291, 358, 446, 452
 Pouvoir constitué 8, 42, 88, 101f., 106,
 274, 358, 446, 452
 Praeter legem – s. contra constitutionem
 Präjudizienbindung 168f., 175
 Präjudiziengeschichte (Schuldgrundsatz)
 219
 Preußisches Allgemeines Landrecht s.
 Allgemeines Landrecht
 Provisorium 331, 354, 382
 Prozeßgrundrechte 167, 261
 Radbruch-Formel 10, 129f.
 Rahmenordnung 164, 169, 217, 301, 348,
 389

- Rahmenordnung s. Verfassung
 Rangordnung 9f., 12f., 63, 144, 288, 290, 319ff., 393
 Rationalitätsgewinn 334ff., 345, 461
 Rebus sic stantibus 180, 403
 Rechtsprechung – s. rechtsprechende Gewalt
 Recht auf informationelle Selbstbestimmung 3, 109f., 244, 248f., 264, 304, 338, 381, 395, 449, 465
 – als Verfassungsgewohnheitsrecht 465
 – Bindungswirkung 304
 – Eingriffsbegriff 248f.
 – ungeschrieben 248
 Rechtsanwendung 119f., 154, 160f., 196, 200f., 231, 235, 349, 381
 Rechtsbegründung 209, 341
 Rechtserzeugungs-
 -absicht 446
 -organe 442
 -vorgang 290, 358
 Rechtsfindung 150, 155, 161, 168, 202, 210, 420, 455
 Rechtsfortbildung 20f., 126, 161, 173, 175f., 349, 432, 443, 447
 – interpretatorische 446
 – richterliche 443
 Rechtsgemeinschaft 125, 149, 405, 427, 442, 446
 Rechtsgewinnung 173, 209, 243
 Rechtsgrundsätze, allgemeine 111, 140, 145ff., 155, 177, 181, 185, 197, 260, 295, 395, 399, 301, 336, 341, 403, 443, 454
 – Abstraktheit 155
 – Begriff 159
 – Bindungswirkung 153
 – Bundestreue 254
 – inhaltliche Vorgaben 155
 – Konkretisierungsbedarf 155
 – Konzeptionen, unterschiedliche 183
 – Rangstufe 153
 – Rechtsquellenfrage 146, 153, 156, 157
 – Richterrecht 153
 – Schriftlichkeit 154
 – und Gewohnheitsrecht 156
 – und Rechtsidee 155
 Rechtsidee 111, 147ff., 156, 159, 183, 295, 454
 Rechtspositivismus – s. Positivismus
 Rechtsprechende Gewalt 5, 160, 252
 Rechtsprechung 174, 212, 219ff., 245, 256, 299, 304, 308, 313, 373, 393, 432
 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 9f., 84, 101, 124, 129, 177, 180, 185ff., 198, 216, 220, 225, 228, 244, 247, 259, 262, 265, 297, 307, 316, 339, 342, 362, 436, 457
 Rechtsprechungsänderung 101ff., 303, 306, 340, 448
 Rechtsprinzip 121, 146, 155f., 188, 252, 373
 Rechtsquelle 8, 10f., 24f., 33, 40, 46, 73f., 85, 117, 126, 136, 146, 152ff., 173, 190, 208, 242, 279, 292, 303, 305, 316ff., 343, 367ff., 398ff., 462
 – Begriff des Rechts 254ff.
 – Dirigierender Teil der Verfassung 237
 – Definition 152
 – Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht 316
 – für das Verfassungsrecht 154
 – Gesetz 153
 – inhaltliche Vorgaben 153
 – Konstitutionsprinzipien 159
 – mitgesetztes Recht 404ff.
 – Rechtsgrundsätze, allgemein 146, 153
 – Rechtsnorm 152
 – Richterrecht 149, 175, 307
 – ungeschriebene 148ff., 150, 154, 208
 – ungeschriebenes Verfassungsrecht 135
 – Verfassungsgesetz 173
 – Vertrag 149
 – Wissenschaftsrecht 149f.
 Rechtsquellenfrage 25, 73f., 140, 151, 187, 239, 397ff., 443
 Rechtsquellenlehre 7f., 64ff., 83, 151, 298, 343, 398f., 400, 428, 441ff.
 Rechtsquellenmonopol 399
 Rechtssätze – im Gegensatz zu allgemeinen Normen 185, 212f.
 Rechtsschöpfung 126, 173, 200, 373, 400, 429
 Rechtsschutz 4, 262, 361, 418
 Rechtssetzungsverfahren 87, 130, 199, 344, 448, 456, 459

- Rechtssetzungswille 183, 207, 406, 417ff., 421, 464
- Rechtssicherheit 4, 147, 149f., 252, 256f., 289, 355f., 392
- Rechtsstaat 41, 151, 248, 361, 407f.
- Rechtsstaatlichkeit 182, 185, 226, 261, 407f.
- Rechtsstaatsbegriff 246, 407, 415
- Rechtsstaatsprinzip 141, 150, 202, 204, 210ff., 223, 240, 252, 254f., 259ff., 330, 369, 388, 401, 415, 419f., 456f., 464
- Bestimmtheitsgebot 256
 - Bindungswirkung 304
 - materielles 3, 244, 247f., 464
 - mitgesetztes Recht 464
 - selbstverständliches Recht 388
 - ungeschrieben 180, 248
 - Verhältnismäßigkeit 236ff.
- Rechtsstreit 173f., 181
- Begriff 174
 - Richter 174
 - Universalität 174
- Rechtsverfassung 116ff., 122
- Rechtsvergleich 7, 88, 203, 263, 345
- Rechtswissenschaft 6f., 16, 56, 60f., 75, 94, 108, 110, 144f., 188, 215, 217, 221, 304, 341, 357, 369, 374
- Redaktionsversehen 136, 343, 364
- Reform 50, 94
- Regalien 323, 384
- Regel – Prinzip 212
- Regierung 29, 32f., 77, 92, 114, 250, 407
- Reichsaufsicht 22, 24f., 390
- Reichsgericht 28, 33f., 60, 75, 89f., 286
- Reichskanzler 26, 27f., 34, 78
- Reichsverfassung – vertragmäßige Grundlage 23ff., 44, 390f., 390, 451
- Religion 39, 108, 149, 372, 462
- Religionsunterricht 108, 217
- Remilitarisierung 138, 394
- Repräsentation 32, 52, 354, 407
- Revolution 30f., 37, 42, 50, 52, 105, 123, 199, 358, 446
- Richter 99, 126, 154, 160f., 173ff., 196, 242, 252f., 286, 307ff., 395, 405, 431ff., 464
- Normbindung 174
 - rechtsgelehrter 5
 - Streitentscheidung 175
- Richterliche Rechtsfindung 21, 160, 175
- Richterrecht 85, 126, 146, 149, 153, 156, 175, 190, 202, 294f., 302ff., 341, 358, 373, 392, 399f., 431ff., 463f.
- Bindungswirkung 175, 190, 294
 - Kassation 433
 - konkrete Fragen 433
 - Rechtsquellenfrage 175, 303, 307
 - Systematisierung 175f.
 - Unbestimmtheit 175
 - ungeschriebenes Verfassungsrecht 176
 - verfassungsrechtliches 126, 302ff.
 - Voraussetzungen 175
 - s.a. richterliche Rechtsfortbildung
- Rosenstock, Eugen 79ff., 113
- Ross, Alf 152
- Rückbewirkung von Rechtsfolgen 265
- Rückwirkung, echte und unechte 265
- Rückwirkungsverbot 3, 141, 189, 204, 244, 251f., 263, 304, 392, 395, 418f., 422, 431, 464
- Bindungswirkung 304
 - Grenzen 252
 - Inhalt 252
 - strafrechtliches 251f.
 - Terminologie 265
- Sachsenspiegel 199
- Scheuner, Ulrich 81, 322
- Schiedsgerichtssprüche 372, 462
- Schmitt, Carl 2, 158f., 232, 267, 272, 298f., 312f., 348, 378f.
- Schriftform 36, 42, 47, 49, 199, 358, 452
- Beweiskraft 47
 - Geltungssicherheit 199, 214
 - Vertragsform 38ff.
 - Wortlautsicherheit 199
- Schriftliches Recht 130, 199, 201, 212, 277, 385, 388, 456
- Ausdehnung 202ff.
 - Bedeutungsverlust 154
 - Bezug zum Normtext 213
 - gesetztes Recht 199
 - Grenze 217, 241ff.
 - normatives Merkmal 201
 - Verlust der Schriftlichkeit 384ff.
 - Werturteil 241

- Schuldgrundsatz 3, 141, 155, 182, 189, 202, 219ff., 244, 262f., 265, 333, 342, 396, 401, 422, 449
- Ableitung 250f.
 - als Verfassungsgewohnheitsrecht 465
 - als Verfassungsrechtssatz 228
 - Begründung 223ff.
 - Bindungswirkung 304
 - Entstehung 219ff., 224ff.
 - formelles 220
 - Gebot des schuldangemessenen Strafens 220f.
 - Menschenwürde 221
 - und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 222
 - ungeschriebenes Verfassungsrecht 226
 - Verbot des grausamen Strafens 221
 - Verfahrensgarantien 222
 - Verhältnis Tatbestand-Rechtsfolge 227
- Schuldprinzip s. Schuldgrundsatz
- Schwebelage 51, 53, 94, 308, 311
- Schweiz 22, 112, 150, 255, 325, 342, 346, 375
- Selbstauflösung – Bundestag 93
- Selbstbelastungsfreiheit 3, 223, 244, 251, 260f., 262, 396
- Ableitungskette 251
 - Begründung 251
 - Bindungswirkung 304
 - Verfassungsrang 251
- Selbstbeschränkung des Monarchen 43f., 358
- Selbstbestimmungsrecht, informationelles
- s. Recht auf informationelle Selbstbestimmung:
- Selbsthilfeverbot 147, 254
- Selbstorientierung 160, 169, 174, 198, 258, 289, 333
- Selbststand 128, 301, 460
- Selbstverständliche Normen 180, 186, 343, 366, 368, 408ff., 463
- Selbstverständliches Recht 224, 321, 382, 388ff., 462f.
- Begriff 383
 - Selbstbelastungsfreiheit 251
- Selbstwiderspruch 6, 107, 364
- Sittengesetz 123, 138, 377
- Situationsgebundenheit der Verfassunggebung 49f., 409
- Smend, Rudolf 6f., 18, 21, 23ff., 26, 33, 59, 61f., 65ff., 72f., 79, 96, 111, 138, 164, 180, 249, 265, 269, 272, 276, 295, 299, 317, 374, 390, 405, 417, 442, 451
- Sollenssätze 91, 95, 198, 376
- Souveränität 19, 115f., 137, 160, 324, 354, 382
- Sozialstaatlichkeit 182, 186, 330
- Spionageentscheidung 221, 233f.
- Staat
- und Kirche 328
 - und Verfassung 43, 321, 331, 439
- Staat, moderner 39f., 321ff.
- Staatenlosigkeit 330
- Staatsangehörigkeit 270, 386f.
- Staatsaufgaben 37, 320f., 328
- Staatsform 51, 148, 274, 408
- Staatsgründung 43
- Staatskonstitutionsnormen 320ff., 394, 460
- Staatskonstruktion, technische 42, 44f.
- Staatsleistungen an die Kirchen 104
- Staatsnotrecht; s. Notrecht des Staates:
- Staatsorgane 58, 83, 89, 95, 134, 166, 269f., 274ff., 292, 340, 390, 441, 444, 446f., 458
- Staatspraxis 83f., 215, 250, 348, 448
- Staatsrechtlicher Positivismus 60, 68, 84; s. a. Positivismus
- Staatsrechtslehrertagung – zehnte 7, 21, 80, 133ff., 187, 191, 202, 346, 362, 376, 378, 453ff.
- Staatsprache 3, 141, 255, 260, 264, 388, 396, 436, 464
- als mitgesetztes Recht 464
 - Begründung 255
 - Natur der Sache 255
 - selbstverständliches Recht 388
 - Verfassungsvoraussetzung 255
- Staatsstrukturentscheidungen 213, 274
- Staatsymbole 65, 141, 249f., 274, 396
- Staatszielbestimmung 107, 167, 173, 210, 215, 307
- Staatsziele 109, 274
- Staatszwecke 62, 96, 328, 421
- Staat und Verfassung 43, 325ff.
- Stahl, Friedrich Julius 407, 424
- Stände 53ff., 282, 311, 386

- Ständiger Bundesrat 31, 83, 135, 364
 Stellvertretergesetz 28f.
 Steuergesetze 28, 137, 423
 Steuergewalt 320, 330, 332, 460
 Steuerpflicht 5, 326, 328, 385f.
 Steuerstaat 150, 326
 Steuerungsfunktion des Rechts 252, 255, 257, 289, 345
 Stillschweigende Kompetenzen 202ff.
 Stillschweigende Verfassungsänderungen 69f., 206
 Stillschweigendes Recht 128, 142, 202, 205, 207, 325, 350, 383
 Strafe 220ff., 251, 326, 330, 460
 – Schuldvorwurf 220
 – Sinn und Zweck 221
 – und Präventionsmaßnahme 226
 – Vorwurf 226
 Strafgewalt 228, 304, 320, 325, 327, 332, 460
 Strafprozeß 3, 222, 244, 304
 Stufenbau der Rechtsordnung 95, 269, 290
 Subsidiaritätsprinzip 4
 Subsumtion 57f., 145, 147, 163, 166, 200, 215, 299, 313, 437, 455
 Svarez, Carl Gottlieb 231, 419, 421
 Syllogismus 120, 159, 161, 170, 455
 Systemgerechtigkeit 108, 114
 Systemkonformität 240, 438

 Textstrenge 209, 372
 Thoma, Richard 36, 285, 337
 Tierschutz 371f., 462
 Topik 164, 171f., 174
 Totalität des Staates 63, 64f., 96, 111, 164
 Totalrevision 105, 325, 342, 375
 Totalvorbehalt der Gesetzes 213f., 339
 Tradition 2, 47, 49, 68, 70, 337, 409, 411, 429
 Trennungsgesetz 339
 Treu und Glauben 147, 150, 191, 254
 Triepel, Heinrich 6f., 18ff., 26, 33, 59, 61f., 72, 79, 96, 368, 399, 405, 451
 Typisierung 168, 442

 Übergesetzliches Recht 125
 Übermaßverbot – s. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
 Überpositives Recht 5, 8ff., 125, 130f., 140, 144, 184, 187ff., 207, 275, 337, 400, 429, 454
 – und Verfassungsrecht 143
 – ungeschriebenes Verfassungsrecht 118, 121f.
 Übung 103, 133f., 148, 150, 156, 355, 438
 – langandauernde 134, 148, 355, 438
 Unabhängigkeit des Richters 174, 252, 309, 407
 Unentrinnbarkeit aus der Staatlichkeit 320
 ungeschrieben
 – Auslegungsergebnisse 198
 – Abgrenzungskriterien 244ff.
 – Bestimmtheitsgrundsatz 244
 – deskriptiver Charakter 208
 – Fair-trial-Grundsatz 244
 – Gegenbegriff 199
 – Justizgewährleistungsanspruch 244
 – normatives Merkmal 201
 – Recht auf informationelle Selbstbestimmung 248
 – Rechtsstaatsprinzip 248
 – Rückwirkungsverbot 244
 – Schuldgrundsatz 244
 – Selbstbelastungsfreiheit 244
 – und Ableitung 202
 – und aufgeschrieben 196ff., 199
 – und Auslegung 200
 – und geschrieben 197ff., 202
 – und rationale Begründung 209
 – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 244
 – Vorbehalt des Gesetzes 247
 – wertende Grenzziehung 196ff.
 – Willkürverbot 245f.
 – wertende Bestimmung 202ff.
 Ungeschriebene Finanzierungs-kompetenzen 365, 369
 Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes 138, 140, 155, 166, 205, 260, s.a. Gesetzgebungskompetenzen aus der Natur der Sache
 Ungeschriebene Verfassung – s. Verfassung, ungeschriebene
 Ungeschriebene Verfassungsgrundsätze s.a. Rechtsgrundsätze, allgemein

- Ungeschriebene Wahlgrundsätze – s. Wahlgrundsätze, ungeschriebene
- Ungeschriebenes demokratisches Verfassungsrecht 179
- Ungeschriebenes Recht
 - Legitimationserfordernis 214
 - Rechtfertigungsbedarf 199
 - und ungeschriebene Rechtsquelle 208
 - Ungültigkeitsvermutung 199
 - Wirkungsgleichheit 301
- Ungeschriebenes Verfassungsrecht
 - Abhängigkeit vom geschriebenen Recht 215, 240, 344, 361, 373, 442
 - allgemeine Lehren 180
 - als Rechtsquelle 135, 400ff., 463
 - Aufgabe 121
 - Auslegungsregeln 335
 - Ausschluß des Richterrechts 303ff.
 - Begriff 187, 195ff., 300f., 450, 460
 - Begriff – Warnfunktion 342
 - Begriffselemente 195ff.
 - Begriffsgeschichte 6f.; 17ff.
 - Begriffsrechtfertigung 16
 - Begriffsunklarheit 142
 - Begriffsverwendung 7ff.
 - Begründungsbrüche 302
 - bei Tomuschat 176, 304
 - Bindungswirkung 294ff., 400
 - contra constitutionem 12, 85, 137, 361ff., 462
 - Desinteresse 170, 188ff.
 - Diskussion (Zersplitterung) 142
 - Diskussionsphasen 18ff., 115ff., 139ff., 143, 187, 451
 - dogmatische Aufarbeitung 15, 72, 75, 187ff., 294, 350, 393
 - dogmatische Probleme 186ff.
 - eigene Kategorie 186
 - Einteilungsfunktion 11
 - Entstehung der Diskussion 18ff.
 - Ergänzungs- u. Korrekturfunktion 12, 192
 - Existenz 1, 6, 12, 16, 34f., 72, 112, 114, 132f., 139, 170, 178, 181, 190f., 208, 215
 - Formulierungsmöglichkeit 264
 - gegenwärtige Diskussion 139ff.
 - Geltungsgrund 340
 - Geltungskraft 294
 - Geltungssicherheit 292
 - Herleitung 182, 343ff.
 - Inhaltskontrolle 344ff.
 - Interpretationsrecht 301ff.
 - intra constitutionem 363
 - kein Naturrecht 130
 - Kodifikationsproblem 375
 - Kodifizierung 341
 - konkrete Normen 186, 260f.
 - Konnexität 240, 344, 373f., 391, 438, 442, 446f., 461
 - Konsensabhängigkeit 336ff., 373f.
 - Machtabhängigkeit 340
 - Mißbrauchsgefahr 11, 20, 150, 220, 236, 335, 337, 340, 350, 375
 - mitgesetztes Recht 404ff.
 - Normgruppe 3, 11, 33, 82, 121, 131, 145, 188f., 267, 271, 273, 350, 402, 458
 - Normoffenheit 260ff.
 - Normweite 260ff.
 - praktische Bedeutung 188f., 192
 - Prüfungsmaßstab für BVerfG 180
 - Rang 290ff.
 - Rationalitätsgewinn 343ff.
 - Rechtsbegriff 319ff.
 - Rechtsquelle 136, 146, 345, 395, 398ff., 442
 - Richterrecht 295, 303ff., 400f.
 - Sammelbeckenfunktion 14
 - Selbständiger Rechtssatzcharakter 263
 - selbstverständliches Recht 180
 - Strukturgleichheit (mit geschriebenem Recht) 291, 294, 298, 456
 - Systematisierungsansätze 393ff.
 - und Ableitungsketten 250ff.
 - und Ableitungsschlüsse 252ff.
 - und Begriff des Rechts 254ff.
 - und Kodifikationsverständnis 345ff.
 - und Kompromiß 344f.
 - und Konstitutionsnormen 331f.
 - und Lücke 133, 391ff.
 - und Naturrecht 115ff., 122, 129ff. 187
 - und Normenkumulation 261f.
 - und Normentausch 262
 - und Rechtsgrundsätze, allgemein 150ff., 260, 403
 - und Rechtssetzungswille 418f.

- und schriftliche Teilgarantien 262
- ungeschriebene Verfassung 122
- Verbot 355ff.
- Verfassungsgewohnheitsrecht 187, 399ff.
- Verfassungskonkretisierung 187, 400ff.
- Verfassungsrecht, materielles 271
- Verfassungsurkunde 271, 345ff.
- Verfassungswandel 112ff.
- Warnfunktion 342, 461
- Wortlaut 335ff.
- Wortlautsicherheit 301
- Unparteilichkeit des Richters 3, 174, 244, 252, 279, 304, 395, 418, 464
 - als mitgesetztes Recht 464
 - Begründung 252f.
 - Bindungswirkung 304
 - Inhalt 252
- Unschuldsvermutung 3, 141, 214, 223, 244, 262ff., 395, 449
 - Ableitung 250f.
 - Begründung 251
 - Bundesverfassungsgericht 251
 - Inhalt 251
- Unterscheidung geschrieben – ungeschrieben 197ff.
- Untertan 323, 387
- Unverbrüchlichkeit:
 - der Menschenrechte 49
 - der Verfassung 5, 106ff., 297
- Unvollständigkeit der Verfassungsurkunde 35, 60, 66, 86, 382, 390, 454, 462
- Unzulänglichkeiten
 - kodifikatorische 128, 134, 344, 380ff.
- Urteil 129, 196, 290, 431

- Vater, nichtehelicher 108, 110
- Vattel, Emel de 40
- Verbot, Richter in eigenes Sache zu sein s. Unparteilichkeit des Richters
- Verbotsirrtum 225f., 457
- Verfaßtheit des Staates 92, 94
- Verfassung
 - Änderungsverfahren 98
 - als Bauplan 45f.
 - als Ermächtigung 321f., 333, 460
 - als Integrationsrecht 63ff., 107, 269, 277, 299, 447
 - als Kompromiß 69, 77, 277, 379
 - als Staatskonstitution 321ff.
 - als Vertrag 23ff., 38ff., 44, 48, 53, 390f., 390, 451
 - Basis 107
 - Begriff 37, 267ff.
 - einheitsstiftende Ordnung 94, 169
 - erhöhte formelle Gesetzeskraft 53f., 270f., 272, 284, 287, 452
 - erste Rechtsordnung im Staat 107, 287f., 297, 359, 458
 - flexible 105ff.
 - fragmentarischer Charakter 59f., 79, 127, 164, 172, 174, 348
 - Funktion 42, 44f., 51, 55, 63, 106f., 167, 192, 289, 298
 - Gesetz (19. Jahrhundert) 71, 284
 - Grundordnung 40f., 49, 90, 105, 107, 211, 269, 278, 282, 297, 359f., 459
 - Gründungs- und Gestaltungsakt 50, 349, 409, 452
 - Inhalte 274ff.
 - Lapidarformeln 165
 - Legitimationsfunktion 278, 289
 - Methodenvielfalt 162ff.
 - Normative Kraft 95, 442
 - Offenheit 107, 165, 218, 290, 297, 357f., 360
 - oktroyierte 47ff., 51, 282, 452
 - Organisationsgesetz 287f.
 - paktierte 51, 282, 452
 - politisches Recht 62, 65, 96f., 348
 - punktueller Neuanfang 50, 57
 - Rahmenordnung 164, 217, 301, 348, 389
 - Rezeptionscharakter 171, 410
 - rigide 105, 289
 - Schriftform 36, 42, 47, 49, 358, 452
 - Selbstbindung 281
 - Selbststand 301
 - Selbstverpflichtung 452
 - Situationsgebundenheit 111, 348, 409, 463
 - starre 105f., 119, 246
 - und Gesetz 165, 352
 - ungeschriebene 48, 55, 122
 - Wesen 115

- Verfassungsgebende Gewalt 38, 51ff., 87, 93ff., 100, 121, 149, 278f., 282, 390, 395, 413, 439, 452
- Verfassungsgeber 10, 49f., 83, 117, 119, 121, 158, 240, 288, 306, 309, 313, 344, 350, 356f., 362ff., 376ff., 400, 404ff., 417ff., 462f.
- Verfassungsänderung 21, 29f., 51, 69f., 83, 87, 106, 108, 112, 124, 158f., 166, 206, 213, 282, 285, 296, 310f., 338f., 346, 351, 363, 375, 382, 393, 412, 448, 461
- förmliche 105, 112, 363
 - Grenzen 158f., 167, 355, 393
 - mittelbare 69
 - Wortlautänderungsgebot 279, 351ff., 362
- Verfassungsauslegung 14, 63f., 76, 164, 171, 202, 213, 216, 299, 294, 311, 320, 382
- Verfassungsbegriff 37, 169, 267ff., 287
- formeller 93
 - materieller 71, 93, 349
- Verfassungsbruch 14, 34, 44, 73, 75, 85, 89f., 93, 295, 303, 451
- Verfassungsdurchbrechung 70, 88
- Verfassungserwartungen 143, 320
- Verfassungsgericht – Verfassungsgesetzgeber 337
- Verfassungsgerichtliches Richterrecht 302ff.
- Verfassungsgerichtsbarkeit 14, 30, 89, 91, 93, 134, 144f., 210, 280f., 306, 312, 321, 347, 360, 452f., 458
- Verfassungsgerichtshof, Bayerischer 124, 129, 225, 232, 258
- Verfassungsgerichtshof, Berliner 139, 188
- Verfassungsgesetz 26, 37, 44, 50, 52, 81, 90, 111, 163, 173, 292, 320, 325, 357,
- Verfassungsgesetze, materielle 30, 52, 59, 69ff., 74, 83, 87, 271, 284, 357
- Verfassungsgewohnheitsrecht 8, 74, 81, 100ff., 126, 137, 143, 146, 157, 176, 186, 189, 272, 295, 337, 340f., 356f., 362, 364, 367, 374, 395, 398, 403, 413, 425, 427ff., 447
- Abänderbarkeit 448
 - abstrakte Rechtsnormen 433
 - Auslegungsergebnisse 434
 - Bundesverfassungsgericht 431
 - contra constitutionem 371
 - derogierendes 103f.
 - Diskussionsstand 429
 - Existenz 125, 176, 190, 372, 428, 436
 - Gültigkeitsvoraussetzungen 448ff.
 - Pouvoir constituant 446
 - Pouvoir constitué 446f.
 - quasi formelles 293
 - Träger 444ff.
 - Übung 438ff.
 - Übungsberechtigte 444
 - und Richterrecht 431ff.
 - und Verfassungsgebung 430
 - Verbot 429
 - Voraussetzungen 427ff.
 - vorkonstitutionelles 429, 438ff.
- Verfassungsgrundsätze, allgemeine 143, 145ff., 177, 184, 212
- Verfassungsimmanente Schranke 361, 370
- Verfassungsinterpretation 73f., 85, 96, 99f., 109, 111, 159ff., 170, 310, 312, 336, 340f., 375, 448, 456
- Verfassungskodifikation 25, 72, 215, 263, 346ff., 375, 384f., 390, 409f., 438, 442, s.a. Kodifikation
- Verfassungskonflikt, preußischer 76ff., 378
- Verfassungskonkretisierung 15, 103, 144, 162, 176, 202, 296, 299, 301, 305, 317, 337, 340f., 394, 399ff., 420, 431, 448, 455
- Geltungskraft 297, 340
 - Bindungswirkung 294f., 400
 - Enthusiasmus 218
 - Grenzen 217f.
 - mitgesetztes Recht 420
 - theoretisches Modell 162
 - Verfassungsrang 296f., 310
 - und ungeschriebenes Verfassungsrecht 170ff.
- Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee 366, 416f.
- Verfassungskonventionen 143f.
- Verfassungsorgane 5, 34, 76, 84, 89, 91, 100, 105, 158, 270, 281, 292, 348, 401, 424, 445
- Verfassungsorganantreue 5, 309, 312

- Verfassungspositivismus 36, 77, 85, 144, 298, 451
- Verfassungspraxis 85, 90, 101, 166, s. a. Staatspraxis
- Verfassungsprinzipien 65, 164, 167, 177, 185, 210, 212f., 238, 434
- Verfassungsrang 11, 143, 154, 205, 214, 223, 229, 231, 235ff., 263, 272, 280, 291ff., 301, 305ff., 339, 374, 377, 393, 421, 428, 459f., 462
- Begriff 291
- Verfassungsrecht
 - Bindungswirkung und Geltungskraft 294ff.
 - durch Richterspruch s. Richterrecht, verfassungsrechtliches
 - Feststellung 292
 - Flexibilität 298
 - gemeindeutsches 178
 - Klarheit 164
 - politische Direktive 453
 - positivrechtliches 349f.
 - Ranghöhe 268
 - strukturelle Offenheit 165
 - Unbestimmtheit der Normen 165, 188
 - und Gesetzesrecht 267ff.
- Verfassungsrecht, formelles 2, 268ff., 291, 348, 350
- Verfassungsrecht, materielles 27, 68, 143, 249, 268ff., 350, 458
- Verfassungsrechtsstreit 181
- Verfassungsrichterrecht 305ff., 316, 401
 - Bindungswirkung 306
 - demokratische Legitimation 309
 - Gewaltenteilung 306
 - Rechtsquelle 309
 - und Richterrecht 306f.
- Verfassungssouveränität 321
- Verfassungsstaat 38, 41, 56, 169, 330, 359, 410, 424
- Verfassungstradition 410, 413
- Verfassungsurkunde 21ff. 33ff., 36ff., 49ff., 59ff., 82, 88, 131, 267f., 270ff., 334ff., 347ff., 359, 375ff., 391ff., 404ff., 429, 437, 441f., 446f., 451f.
 - Erlaß 158
 - Funktion 341, 358, 362
 - Herabstufung 270
 - Kodifikationsanspruch 267
 - Lückenlosigkeit 211
 - und lückenloses System 192
 - Unzulänglichkeiten 143
- Verfassungsverletzung 74, 85, 89, 97, 283
- Verfassungsverständnis (19. Jahrhundert) 33ff.
- Verfassungsvoraussetzungen 143, 321
 - Staatssprache 255
- Verfassungsvorbehalt 275, 338
- Verfassungswandel 14, 26ff., 33, 35, 59f., 65ff., 79ff., 320, 374f., 394, 403, 442, 451
 - Arten 99
 - Begriff 98
 - Beispiele 101f.
 - bei ungeschriebenen Normen 113
 - Diskussionsbeginn 26ff.
 - Erkenntnisziel 113
 - Geschäftsordnungsbeschlüsse 30
 - Gewohnheitsrecht 29, 99, 103
 - im engeren Sinne 96, 97
 - im weiteren Sinne 96f.
 - Interpretationswechsel 99ff.
 - Mißbrauch 98
 - Rechtsquellenfrage 73ff., 100
 - Träger 100
 - ungeschriebenes Verfassungsrecht 112ff.
 - Verbot 100, 107
 - Verfassungsänderung 105f.
 - Voraussetzungen 98ff.
- Verfassungswandlung s. Verfassungswandel
- Verfassungswidrige Praxis 91
- Verfassungswidriges Verfassungsrecht 124ff., 158
- Verfassungswirklichkeit 6, 12, 25, 34, 58, 60, 64, 73, 81ff., 90f., 109, 137, 143, 241, 272, 339, 452f.
- Verfassungszustand 26, 35, 90f., 132
- Verhältnis geschriebenes -ungeschriebenes Recht 127
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 3, 129, 130, 141, 155, 157, 177, 179, 188, 193, 204, 214, 229ff., 244, 260, 265, 304, 335, 342, 361, 395, 406, 421ff., 449, 465
- Abwägungsgebot 231

- als selbständiger Grundsatz 235
- als Verfassungsgewohnheitsrecht 465
- Auslegungsregel 235
- Begrifflichkeiten 230
- Bindungswirkung 304
- Bundesverfassungsgericht 231
- Entstehung 232
- Erforderlichkeit 230
- Geeignetheit 230
- Gemeinwohlbestimmung 230
- Herleitung 236ff.
- induktiver Schluß 239
- Kritik 234
- Leitidee 237
- Rechtsquelle 239
- Reichweite 233f.
- selbstverständliches Recht 424
- und Schuldgrundsatz 222
- ungeschriebenes Verfassungsrecht 238f.
- Verfassungsrang 235
- Verhältnismäßigkeit i.e.S. 230
- Verhältniswahlrecht 214, 377
- Verkündung von Normen – s. Veröffentlichungsgebot
- Vernunft 45, 56, 114, 119f., 120, 149ff., 160, 344, 407, 424, 427, 437
- Veröffentlichungsgebot 3, 141, 213, 244, 255, 258, 260, 263, 304, 421, 425, 449, 465
 - Bindungswirkung 304
 - Entstehung 258f.
- Verteilungsprinzip, fundamentales 232
- Vertrauensschutz 4, 252
- Verwirkung von Grundrechten 247, 410
- Volk 32f., 48, 66, 101, 269, 278, 281f., 285, 311, 340, 354, 390, 446f.
- Völkerrecht 147, 157, 183, 327, 442
- Völkerrechtsfreundlichkeit des GG 5
- Volkssouveränität 40, 42f., 50ff., 184, 278, 384, 423
- Volksvertretung 32, 48, 53, 95, 246, 275, 282, 352, 414f.
- Vorbehalt des Gesetzes 3, 130, 141, 155, 172, 177, 204, 213f., 244, 246ff., 254, 260f., 264f., 339, 388, 395, 413ff., 436, 455, 464
 - als mitgesetztes Recht 464
 - Bindungswirkung 304
 - Entstehung 413ff.
 - selbstverständliches Recht 388
 - und Art.2 Abs.1 GG 247
 - und Wesentlichkeitstheorie 259
 - ungeschrieben 246
- Vorrang der Verfassung 40, 52, 95, 191, 267ff., 279ff., 284, 287, 289f., 291ff., 349ff., 403, 412, 458
 - Grundgesetz 279f.
 - ungeschriebenes Verfassungsrecht 290ff.
- Vorrang des geschriebenen Verfassungsrechts 192, 359ff.
- Vorrang des Gesetzes 246, 248, 415
- Vorstaatliche Grundsätze 47, 146
- Vorverfassungsrechtliche Verfaßtheit 331, 372, 406, 438
- Vorverfassungsrechtliches Gesamtbild 182, 406
- Vorverständnis 84, 119, 151, 161, 168, 171, 173, 290, 360
- Wahlrecht 137, 214, 218, 270, 339, 372
- Wahlrechtsgrundsätze
 - Allgemeinheit 177ff.
 - Gleichheit 177ff.
 - ungeschriebene 178f.
 - Volksentscheid 179
- Währungshoheit 320, 324
- Weber, Werner 81f.
- Wechselbezug von Norm und Sachverhalt 110, 169, 172
- Wehrbeitrag 68, 275ff., 322, 353, 382
- Wehrpflicht 324, 326
- Wehrverfassung 166, 275, 353, 382
- Weltordnung, moralische 115ff.
- Werte, moralische 115, 120
- Werte 15, 65, 115, 117, 171, 299
- Wertgesetzlichkeit 62f., 65, 164
- Wertordnung 65, 120, 169, 184, 211, 277, 299, 370, 393, 401
- Wertrangordnung 393f.
- Wertungen 164ff.
- Wesentlichkeitstheorie 247, 259, 448
- Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung 190
- Widerstandsrecht 119, 123, 138, 178, 281

- Wiederaufnahme (Strafverfahren) 372, 462
- Wiedervereinigung 8, 104, 119, 184, 331, 355, 382
- Wiedervereinigungsgebot 104f., 119, 331
- Willkürverbot 3, 9, 123, 137, 147, 245, 263, 286, 464
- allgemeines 245
 - Bindungswirkung 304
 - Konsens 246
 - ungeschrieben 245f.
- Wirtschaftsverfassung 218
- Wissenschaftsrecht 149f.
- Wolff, Hans Julius 124, 145ff., 183ff., 452
- Wortlaut 17, 66, 100, 102, 109, 110, 144, 163, 200, 205, 218, 296f., 302, 315f., 343, 359
- bedeutung 63, 113
 - Bedeutungsverlust 63, 170
 - bindung, strenge 360ff.
 - sicherheit 214, 302, 334ff., 341
 - strenge 12, 205, 361
 - ungeschriebener Rechtssätze 335ff.
- Wortlautgebot und contra constitutionem 369
- Wortsinn 16, 136, 203, 208f., 243ff., 457
- WRV 2, 48, 53, 70, 80, 87ff., 105, 113, 206, 247, 285, 312, 329, 351, 357, 378f., 384ff., 412, 416, 418, 422, 430, 439f., 458, 463
- Ziele 97, 165, 279, 287
- Zivilrecht 41, 55, 57, 150, 427, 440, 465
- Zukunft 64, 84, 104, 296, 355, 357, 360, 376, 419, 433, 459
- Zweckmäßigkeit 119, 409

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 1999. *Band 48.*
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14.*
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Gross, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Holzner, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 2000. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26.*

Jus Publicum

- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeke, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*
- Sommerrmann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vofskuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck